

Neue Wohnformen für ältere Menschen gesucht

12.05.2017, von Christine Scharrenbroch.

Einige von ihnen haben beim Gemüseschneiden geholfen, andere haben den Tisch mit gedeckt. Jetzt ist es Viertel nach zwölf, und die neun Bewohner der Demenz-Wohngemeinschaft in Hagen-Hohenlimburg sitzen in der Wohnküche um zwei Tische herum und essen Hühnerfrikassee mit Reis. Zwei Frauen können dies nicht mehr allein tun, sie bekommen das Essen von Pflegeleiterin Simone Hué und einer weiteren Betreuerin angereicht. Zur Unterstützung steht auch noch Oliver parat. Der junge Mann absolviert hier ein freiwilliges soziales Jahr. Nach dem Essen ziehen sich die Demenzkranken – acht Frauen und ein Mann – zur Mittagspause in ihre Zimmer zurück. Für den Nachmittag haben sich mehrere bei Oliver zum täglichen Spaziergang angemeldet. Für die anderen wird es Betreuungsangebote wie etwa Gesellschaftsspiele geben.

„Der Bedarf an Wohnraum für Menschen mit Demenzerkrankung ist hoch“, stellt Marion Golling, Vorstandsmitglied des Hohenlimburger Bauvereins, fest. Die Versorgung zu Hause bringe die Angehörigen oftmals an ihre körperlichen und psychischen Grenzen. Dann sei kurzfristig eine schnelle Unterbringung gefragt. Mit der im Herbst 2015 eröffneten Wohngemeinschaft für Demenzpatienten, die rund um die Uhr von einem ambulanten Pflegedienst betreut wird, will der Hohenlimburger Bauverein ein alternatives Angebot zum Pflegeheim bieten.

Für rund eine halbe Million Euro ließ die Wohnungsgenossenschaft das Gründerzeithaus in Hagen-Hohenlimburg umgestalten: Aus mehreren kleinen Wohnungen entstanden neun WG-Zimmer mit Gemeinschaftsbädern, auch ein Aufzug wurde eingebaut. Als größte Herausforderung beschreibt Golling die behördlichen Auflagen, die eine vernetzte Brandmeldeanlage sowie Feuerschutztreppen vorsahen. Nadja Sauerborn, deren 75 Jahre alte Mutter seit mehreren Monaten in der WG lebt, schätzt vor allem die familiäre Atmosphäre der Einrichtung sowie das Mitspracherecht der Bewohner etwa in Bezug auf den Speiseplan und den Tagesablauf. Auch die Angehörigen können Einfluss ausüben. Einmal im Monat treffen sie sich, um beispielsweise über Anschaffungen für Haus oder Garten sowie Ausflüge zu sprechen.

Ältere Mieter unterstützen, lange in ihren Wohnungen zu bleiben

Die Demenz-WG ist eingebettet in das Projekt „Lebenslanges Wohnen in meinem Quartier“, das der Hohenlimburger Bauverein im Jahr 2015 gestartet hat. Gefördert wurde es vom Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen im Rahmen des Programms zur Weiterentwicklung neuer Wohnformen für pflegebedürftige Menschen. In den vergangenen Jahren hätten sich neue Wohnkonzepte zwischen dem Zuhause und der vollstationären Versorgung gebildet, über die bislang aber kaum wissenschaftlich fundierte Kenntnisse vorlägen, sagt Verbandsvorstand Gernot Kiefer. Mit Hilfe des 38 Projekte umfassenden Förderprogramms soll ermittelt werden, welche Modelle Erfolg versprechen.

Das Hagener Programm soll es älteren Mietern ermöglichen, trotz gesundheitlicher Einschränkungen möglichst lange in ihrer Wohnung und ihrem Quartier zu bleiben. Knapp 2000 Wohnungen zählen zum Bestand des Bauvereins, 40 Prozent der Mieter sind 70 Jahre und älter. Damit sie in ihrer gewohnten Umgebung weiter zurechtkommen, kooperiert die Genossenschaft mit einer Reihe von Partnern, die sich alle vier Wochen auf Mietertreffen vorstellen. Neben ambulanten Pflegediensten und Hausnotrufanbietern zählen dazu auch Ergotherapeuten, Fußpfleger und Friseure. Rund 120 Mieter nehmen die Dienstleistungen bislang in Anspruch, Tendenz steigend.

[...]

Mehrere Hundert Wohngemeinschaften für Demenzpatienten gibt es mittlerweile in Deutschland. Diese Wohnform ist eine der Maßnahmen, mit denen die Wohnungsbranche auf die steigende Zahl älterer Menschen reagiert. „Das Thema demographischer Wandel ist in der Wohnungswirtschaft ganz deutlich angekommen“, stellt Annamaria Deiters-Schwedt vom Beratungs- und Forschungsinstitut Empirica fest. Die Wohnungsgenossenschaften und -konzerne seien daran interessiert, ihre älteren Mieter zu halten. Diese aber bedürften steigender Unterstützung, etwa weil die Kinder immer häufiger nicht in der Nähe wohnen. Darauf müssten sich die Anbieter einstellen.

URL: http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/familie/neue-wohnformen-fuer-aeltere-menschen-gesucht-15009644.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

Marcel Hirscher ist der König von St. Moritz

ÖSV-Doppelsieg zum Abschluss der Ski-WM in St. Moritz. Marcel Hirscher triumphierte vor Teamkollegen Manuel Feller und dem Deutschen Felix Neureuther.

Mit einem Paukenschlag in Rot-Weiß-Rot ist die 44. Ski-WM in St. Moritz zu Ende gegangen. Marcel Hirscher sorgte vor Manuel Feller und dem Deutschen Felix Neureuther für einen ÖSV-Doppelsieg im Slalom, nachdem es zur Halbzeit sogar noch eine österreichische Dreifachführung gegeben hatte. Hirscher machte Österreich damit auch zum Sieger in der Medaillenwertung.

"Werde es krachen lassen"

Der 27-jährige Salzburger wirkte dementsprechend erleichtert. "Das Minimalziel Medaille war nach Kombination geschafft. Nach dem Riesentorlauf ist der Knoten richtig geplatzt", erklärte Hirscher, dass er im Slalom befreit habe fahren können. "Es war toll an den Start zu gehen und zu wissen, ich bin schon Weltmeister", gestand er. "Jetzt fahre ich einmal heim und werde es krachen lassen", kündigte er an.

Während sowohl der Halbzeit-Zweite Marco Schwarz (7.) als auch der nach Lauf eins auf Rang drei liegende Michael Matt (8.) zurückfielen, katapultierte sich Feller trotz seiner am Vortag wieder aufgeflamten Rückenprobleme von Rang sieben noch auf Platz zwei. Gleich der erste Podestplatz des risikofreudigen Tirolers war damit WM-Silber wert.

"Wahnsinn. Gestern habe ich noch gebangt und fast geweint, weil ich dachte, ich kann heute gar nicht mitfahren", sagte der Junioren-Weltmeister von 2013, der wegen seiner langwierigen Rückenprobleme operiert werden und schon lange Pausen einlegen hatte müssen. Auch am Beginn des WM-Winters hatte er deshalb nur eingeschränkt trainieren können.

Bei der WM kamen die Probleme zum ungünstigsten Zeitpunkt wieder. Am Notprogramm, um den Tiroler für den WM-Slalom fit zu bekommen, hatte auch sein noch in der Nacht angereister Physiotherapeut mitgewirkt.

"Diese Medaille gehört deshalb vielen", ergänzte der 24-jährige Fieberbrunner, der im Weltcup durch schnelle Zeiten, aber auch Serien-Ausfälle auffällt. "Ich habe immer schon gezeigt, dass ich schnell bin. Jetzt ist alles egal, was vorher war. Ich habe mir das richtige Rennen ausgesucht", jubelte der langhaarige Tiroler, dem viele das Potenzial zum "Ski-Rockstar" zuschreiben.

Auch zum WM-Abschluss präsentierte sich St. Moritz von der besten Wetterseite und unter strahlend blauem Himmel glänzten vor allem die ÖSV-Läufer. Mit Hirscher vor Schwarz und Matt sowie dem Briten Dave Ryding auf Rang vier zeichnete sich der Erfolg schon zur Halbzeit ab. Nur Feller hatte von den Österreichern bei der letzten Haarnadel gepatzt, weshalb zunächst "nur" Rang sieben zu Buche stand.

In der Entscheidung überschlugen sich am Ende die Ereignisse. Feller setzte sich mit der letztlich viertbesten Zeit in Führung und als nach ihm Kristoffersen zurück- und der fünftplatzierte Schwede Mattias Hargin ausgefallen waren, war Österreich eine Medaille sicher.

Hirscher ließ dann nichts mehr anbrennen, vielmehr brannte er nochmals einen starken Lauf in den St. Moritzer WM-Schnee. Die drittbeste Zeit reichte dem 27-jährigen Salzburger, um sich zum "König von St. Moritz" zu machen.

Als Hirscher als Sieger durch das Ziel gefahren war, ließ er sich in den Schnee fallen, über ihm gratulierten die restlichen Medaillengewinner. Dass er eher mit anderen gerechnet hatte, wurde klar, als er dem befreundeten Neureuther ein "Was machst du denn da?" entgegenrief. "Er muss gefahren sein wie der Teufel."

Neureuther holte im letzten Bewerb die einzige Medaille für den Deutschen Skiverband (DSV) in St. Moritz. "Vor allen Dingen stehen wir im Medaillenspiegel jetzt vor dem Iran, das ist schon auch wichtig", meinte der bald 33-Jährige Bayer ironisch.

Der wohl bald sechsfache Weltcup-Gesamtsieger Hirscher schrieb in St. Moritz gleich in mehrerer Hinsicht Ski-Geschichte. So ist er jetzt auch der erste Rennläufer, der bei drei aufeinanderfolgenden Weltmeisterschaften jeweils drei Medaillen geholt hat.

Hirscher auch Preisgeld-König

Marcel Hirscher hat bei der Alpinski-WM in St. Moritz am meisten Preisgeld eingesackt. Dank der Titel in Slalom und Riesentorlauf und Silber in der Kombination darf er sich über 126.000 Schweizer Franken (118.454 Euro) freuen. Der Salzburger liegt im Ranking vor der Schweizerin Wendy Holdener, der US-Amerikanerin Mikaela Shiffrin und dem Kanadier Erik Guay, die jeweils Gold und Silber holten und je 78.000 Franken kassierten.

<http://diepresse.com/home/sport/wintersport/skiwm/5172057/Marcel-Hirscher-ist-der-Koenig-von-St-Moritz#>

15. März 2017, 16:09 Oktoberfest Streit um Bierpreis-Bremse auf der Wiesn wird zum Koalitionskrach.

Von Heiner Efferm und Franz Kotteder

Jetzt mischt sich Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) in die Auseinandersetzung zwischen Bürgermeister Josef Schmid (CSU) und den Wiesnwirten ein. "Die Art und Weise der derzeit ausschließlich über die Medien geführten Auseinandersetzung ist unwürdig, nicht zielführend und schadet dem Ansehen der Stadt München", teilte er per Presseerklärung mit.

Schmid ist Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft und damit auch für das Oktoberfest zuständig. OB Reiter schreibt, er habe Schmid angewiesen, "unverzüglich alle Beteiligten zu einem sachlichen Gespräch an den Tisch zu holen".

Er ließ es in seiner kurzen Erklärung nicht bei dem Rüffel für den Wiesnchef bewenden. Reiter äußerte sich auch zu dessen Vorschlag, den Bierpreis für die nächsten drei Jahre auf 10,70 Euro festzuschreiben. Ein solcher "Bierpreisdeckel", so Reiter, dürfe auf keinen Fall dazu führen, "dass die Wiesnbesucher, vor allem auch Familien, in den Zelten bei alkoholfreien Getränken und beim Essen stärker abkassiert werden". Er erwarte sich dazu von Schmid einen Lösungsvorschlag, und zwar "zeitnah".

In einer ersten Stellungnahme wehrte sich Schmid gegen Reiters Vorwürfe. Er führe keine parteipolitische Debatte, sagte er, er habe "Vorschläge in der Sache gemacht, die von den Wiesen-Wirten unsachlich angegriffen wurden". Er habe bereits am 23. Februar mit allen Beteiligten gesprochen, damals habe man einen Folgetermin vereinbart. Schmid wörtlich: "Ich brauche also weder Nachhilfe in Dialogfähigkeit noch sonstige Hinweise, mit wem ich wann zu sprechen habe." Vom Kooperationspartner - gemeint sind Reiter und die SPD - erwarte er, dass der inhaltlich Stellung beziehe. "Folgende Kernpunkte meiner Wiesnreform stehen im Raum: Umsatzpacht - ja oder nein. Bierpreisdeckel - ja oder nein. Zusätzlicher Montag - ja oder nein."

Auch die Fraktionen von SPD und CSU gehen aufeinander los

Stark verwundert reagiert auch Schmid's Koalitionspartner im Rathaus. SPD-Fraktionschef Alexander Reissl zeigte sich am Rande der Vollversammlung des Stadtrats stark verwundert darüber, dass die CSU sich nun als Klassenkämpfer für das Wiesn-Volk gebe. Wenige Wochen vor Schmid's öffentlicher Verkündung der Bierpreisbremse habe CSU-Fraktionschef Manuel Pretzl in einer Runde mit dem Bürgermeister selbst und ihm vorgeschlagen, die gestiegenen Sicherheitskosten auf umgekehrte Weise hereinzuholen.

Man könne einfach auf die Maß 50 Cent draufschlagen, habe Pretzl vorgerechnet, dann wäre ein Großteil der benötigten zusätzlichen fünf Millionen Euro finanziert. Darüber und über andere Inhalte habe man aber mit der CSU nicht mehr sprechen können und wollen, "weil die glauben, sich damit öffentlich profilieren zu müssen".

Manuel Pretzl wiederum weist die Spitze seines SPD-Kollegen "aufs Schärfste" zurück: Es sei schon eine Sauerei, wenn jemand behauptete, er habe jemals einen höheren Bierpreis auf der Wiesn gefordert. Das habe er natürlich niemals getan. Er könne nicht verstehen, warum jetzt

die SPD auf ihn losgehe. "Wir haben nie was gegen die gesagt. Bisher hatten wir nur einen Streit mit den Wirten."

Reissl legte aber noch nach. Da niemand bisher stichhaltige Zahlen vorgelegt habe, könne er sich auch weiterhin nicht zu Schmidts Plänen äußern, sagte er. Bisher gebe es nur ein Din-A4-Blatt mit einer Kostenaufstellung, die viele Fragen offen lasse. Zum Beispiel, wie viel die Stadt künftig für welche Leistungen bezahlen müsse. Reissl spielt damit auch auf die Kosten für den Sicherheitsdienst an. "Wenn wir da wirklich 60 Euro pro Stunde für die Mitarbeiter bezahlen, dann lachen uns die anderen aus." Auf Antworten hofft Reissl, wenn diese Woche der interfraktionelle Arbeitskreis zum Oktoberfest tagt. Zum rauhen öffentlichen Streit der CSU mit den Wiesnwirten sagt Reissl nur einen kurzen Satz. "Das ist nicht mein Umgangston."

Die Bierpreisdebatte - eine Neiddiskussion?

Gegen eine Deckelung des Bierpreises sprach sich auch der Münchner Hotel- und Gaststättenverband aus. Dessen Vorsitzender Conrad Mayer findet, dadurch würden "betriebswirtschaftliche Grundsätze außer Kraft gesetzt, was einen Systembruch bedeutet". Zwar könne die Stadt als Veranstalter auf die Preisgestaltung Einfluss nehmen, dies dürfe aber nicht zu einer Neiddiskussion führen, die "einseitig auf dem Rücken einer Handvoll Wirte ausgetragen werden, die in mehrfacher Hinsicht steigende Kosten allein für die nächste Wiesn hinzunehmen haben".

Mayer forderte die Stadt auf, auch von den Brauereien einen Solidaritätsbeitrag für die gestiegenen Sicherheitskosten einzufordern. Denn ein erhöhter Einkaufspreis für das Bier führe logischerweise auch zu einem höheren Verkaufspreis, also müsse auch er gedeckelt werden. Mayer weiter: "Da die Diskussion mittlerweile auf ganz Bayern ausstrahlt, fordern wir, dass unter Beteiligung der Brauereien eine schnelle Lösung gefunden wird, mit der alle Beteiligten leben können."

URL: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/oktoberfest-streit-um-bierpreis-bremse-auf-der-wiesn-wird-zum-koalitionskrach-1.3420630>

Britische Politik: Hello again

Nie war die britische Politik so europäisch wie jetzt, da der Brexit beschlossene Sache ist. Von John F. Jungclaussen

Die Briten wählen an diesem Donnerstag ein neues Parlament – nach einem erstaunlichen Wahlkampf. Zwar standen zuletzt die Terroranschläge im Mittelpunkt, doch ein noch wichtigeres Thema ist ein radikaler Kurswechsel in der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Auf einmal wollen die britischen Parteien, ob Tories oder Labour, staatliche Eingriffe und Regulierungen, wie sie sonst nur mit der angeblich so regulierungswütigen EU verbunden werden. Ausgerechnet jetzt, da der Brexit beschlossene Sache ist, fordern viele britische Wähler von einer neuen Regierung Programme, die europäischer nicht sein könnten.

Wohin man auch schaut, die Parteien kommen mit Wahlversprechen an, die ganz und gar nicht in die emphatisch marktliberale Tradition der britischen Politik passen. So wollen die Tories das deutsche Energiewirtschaftsgesetz zum Vorbild nehmen, sich staatlicherseits in den Strommarkt einmischen und die Preise deckeln. Auf der Insel zahlen Verbraucher im Schnitt 17 Cent pro Kilowattstunde, mehr als das Doppelte des Durchschnittspreises auf dem Kontinent. "In fünf Jahren werden unsere Strompreise die niedrigsten in ganz Europa sein", verspricht Theresa May. Es ist ein konservatives Weltbild, das sich von dem bekannten Urvertrauen in die Kräfte des Marktes verabschiedet hat.

Genauso neu und auch sehr europäisch ist der Vorschlag der Tories, ein Mitsprache- und Abstimmungsrecht von Arbeiternehmervetretern in Vorständen und Aufsichtsräten einzuführen. Auf einmal ist der Gewerkschafter nicht mehr der Erzfeind des Unternehmers. "Wir haben begriffen, dass ein Unternehmen mit starker Arbeitnehmerstimme durchaus erfolgreich sein kann", sagt eine Mitarbeiterin von Mays Wahlkampfteam. "Die deutsche Exportindustrie ist das beste Beispiel."

Zwanzig Jahre nach ihrem historischen Ruck zur Mitte zieht es auch die Labour-Partei nun wieder nach links. Als Erstes will Jeremy Corbyn die Bahn nach französischem Vorbild in ein hundertprozentiges Staatsunternehmen überführen. Die Privatisierung von British Rail nennt er "ein totales Desaster", und das nicht zu Unrecht. Pendler, die eine Stunde mit der Bahn zur Arbeit fahren, müssen durchschnittlich 14 Prozent ihres Monatseinkommens für die Fahrtkosten ausgeben. In Frankreich liegen die vergleichbaren Kosten bei zwei Prozent. In der Steuerpolitik geht Labour noch weiter. Der Spitzensteuersatz soll auf 45 Prozent erhöht werden, und Unternehmen, die ihren Mitarbeitern Gehälter über einer Million Pfund zahlen, sollen mit einer Reichensteuer von fünf Prozent belastet werden.

Noch paradoxer als der entschlossene Linksruck selbst erscheint die Tatsache, dass er ein direktes Resultat des Brexit-Votums ist. Zehn Jahre nach dem Finanzcrash hat sich die britische Wirtschaft von seinen katastrophalen Folgen immer noch nicht erholt. Obgleich einzelne Kabinettsressorts bereits Ausgabenkürzungen von bis zu 30 Prozent verkraften mussten, gehen selbst optimistische Wirtschaftsforscher davon aus, dass es bis 2023 dauert,

den Staatshaushalt zu sanieren. Und das auch nur, wenn die beschlossenen Kürzungen wirklich alle umgesetzt werden. "Aber die Briten haben das Sparen satt", meint Peter Kellner vom Meinungsforschungsinstitut YouGov. Der Sparzwang hat die britische Gesellschaft in wenigen Jahren grundlegend verändert. An Schulen, im Gesundheitssystem, in der Sozialversicherung, überall haben die Haushaltskürzungen zu akuten Krisen geführt. "Zahlreiche Wähler haben die Brexit-Abstimmung zum Anlass genommen, ihren Frust auszudrücken und gegen die Regierung, also für den Brexit zu stimmen."

Ein Jahr danach reagiert die Politik nun endlich auf den Stimmungswandel in der Bevölkerung. Wie verheerend diese Spätzündung ist, wird sich im Laufe der Brexit-Verhandlungen ergeben. Sicher ist nur, dass der Brexit noch mehr Frust erzeugen wird.

Grüne in der Krise Halbiert und schockiert

Die Grünen verdorren in ganzen Regionen. Nach dem Wahldebakel in Nordrhein-Westfalen verspricht die Bundespartei einen Neustart - doch vor radikalen Änderungen schreckt man offenbar zurück.

Von Annett Meiritz

15.05.2017

Einen "neuen Sound" versprochen die Grünen vor einer Weile, flockig-mutig wollten sie im Wahljahr rüberkommen. Stattdessen erinnern die Äußerungen der Partei nun an Klangcollagen aus der Nordpolarregion. "Wir haben diese Wahl verloren", sagte Spitzenkandidat Cem Özdemir nach dem Debakel in Nordrhein-Westfalen, die rot-grüne Koalition sei "in Gänze" abgewählt worden. Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt meinte, man habe die Stammklientel überzeugen können, mehr aber auch nicht. Autsch.

So selbstkritisch hat man die Grünen selten erlebt, sogar nicht bei Schlappen in anderen Bundesländern. Normalerweise finden sie - das teilen sie mit anderen Parteien - viele externe Gründe, warum man schlecht abgeschnitten hat. Mal waren schwierige Bedingungen Schuld, mal kamen die Botschaften "beim Wähler nicht an".

Dieses Mal verzichteten die Grünen auf derlei Rechtfertigungsrhetorik. Es bleibt ihnen auch nichts anderes übrig. Das Ergebnis im bevölkerungsreichsten Bundesland ist eine Zäsur. Was bedeutet das Ergebnis für die Grünen im Bund? Wie geht es jetzt weiter?

1. Die Grünen haben im Praxistest versagt.

Rot-Grün hatte in Umfragen in Nordrhein-Westfalen schon lange keine Mehrheit mehr, und auf Rückenwind aus dem Bund konnten die NRW-Grünen zuletzt auch nicht mehr hoffen. Doch es passierte: nichts. Nach beiden Kölner Silvesternächten haderte man mit einer eindeutigen Positionierung in der Flüchtlings- und Sicherheitspolitik (so richtig klar ist sie bis heute nicht). Abschiebungen nach Afghanistan blockierte man zwar erfolgreich mit, kommunizierte aber kaum, wie der Rest der Asylpolitik aussehen soll - dabei haben die Grünen durchaus Ideen für eine moderne Einwanderungsgesellschaft.

In einem Land mit besiegeltem Strukturwandel hätten sie stärker als Ökopartei punkten können. Stattdessen setzte die Partei mit Bildungsministerin Sylvia Löhrmann voll auf das Thema Schulen. Doch nur vier Prozent der Bürger in NRW halten die Grünen in diesem Bereich für kompetent. Turbo-Abi und Schwierigkeiten mit Inklusionsklassen oder der Integration von Flüchtlingen sorgten für Unsicherheit. In einem zentralen Zuständigkeitsbereich haben die Grünen versagt. Auch wenn nie nur eine Partei Schuld an Problemen ist: So etwas verzeihen Wähler nicht.

2. Weitermachen wie bisher ist keine Option.

[...]

Wenn die Grünen so weitermachen, können sie alle Hoffnungen auf ein ordentliches Bundesergebnis begraben. In NRW sagten 80 Prozent der befragten Bürger, sie wüssten nicht, wofür die Grünen im Bund stünden. Die Partei macht es maximal kompliziert: Sie will soziale Gerechtigkeit, aber ohne Vermögensteuer. Sie will Umwelt und Klima retten, aber die Wähler nicht mit Verboten und Kosten überfordern. Sie will Teil eines Linkslagers gegen die AfD sein, aber konservativ genug werden, um an die Union andocken zu können. Ansonsten kümmern sich die Grünen noch um Hebammen, Patchworkfamilien oder Bienen. Das muss man nicht belächeln, viele Menschen beschäftigen diese Themen. Aber allein damit gewinnt man keine Bundestagswahl.

URL : <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nordrhein-westfalen-wahl-ergebnis-stuerzt-gruene-in-die-krise-a-1147645.html>

Sigmar Gabriel: Kann er das, gerade jetzt?

Sigmar Gabriel will Außenminister sein. Insbesondere sein Auftreten gegenüber Russland lässt zweifeln, ob er für dieses Amt die nötige Haltung und die Fähigkeiten hat.

In der Aufregung um die Kür des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten rückte diese Nachricht ein wenig in den Hintergrund: Sigmar Gabriel hat sich als Kompensation für seinen Verzicht auf die Spitzenkandidatur im Handstreich zum Nachfolger Frank-Walter Steinmeiers als Außenminister erklärt. Das ist mindestens so überraschend wie die Kanzlerkandidatur von Martin Schulz, hat aber keine größeren Fragen aufgeworfen – was in aller Deutlichkeit zeigt, dass die deutsche Öffentlichkeit kaum eine Vorstellung von der Bedeutung der Außenpolitik hat. Sonst hätte man sofort wissen wollen: Was können Deutschland und Europa eigentlich von einem Außenminister Gabriel erwarten? Mit welchen konzeptionellen Vorstellungen geht er in dieses hohe Amt? Hat er die internationalen Herausforderungen, vor denen Berlin und Brüssel stehen, durchdacht und verstanden?

Gabriel folgt in dieser großen Rochade¹ des politischen Personals auf Steinmeier, den CDU und SPD zum neuen Bundespräsidenten wählen wollen. Steinmeier gilt als erfahrener Außenpolitiker. Er hat dieses Amt in zwei Kabinetten bekleidet und sich vorteilhaft von dem verstorbenen Guido Westerwelle abgehoben, der auf diplomatischem Parkett überfordert war. Steinmeier ist es gelungen, sich in der internationalen Politik als mäßige und besonnene Stimme Respekt zu verschaffen. Seine Besorgtheit um den Zustand der Welt ist dabei geradezu sprichwörtlich geworden.

Trotz seiner hohen Beliebtheitswerte in der deutschen Bevölkerung fällt die Bilanz der Ära Steinmeier gemischt aus. Zu lange hat das Auswärtige Amt unter seiner Führung an überkommenen Konzepten festgehalten und auch im Widerspruch zu den Realitäten vom Donbass bis Syrien mit gesinnungsethischen Merksätzen ("es gibt keine militärischen Lösungen") operiert. Dies gilt insbesondere, aber nicht nur in der Ostpolitik, in der ein aggressives Russland bei Steinmeier stets auf erstaunliche Nachsicht hoffen konnte. Während des zum Ritual erstarrten Dialogs mit Berlin ging der Kreml dazu über, in Europa und im Nahen Osten Fakten zu schaffen. Rhetorisch weniger zurückhaltend war Steinmeier hingegen im Umgang mit der Nato ("Säbelrasseln und Kriegsgeheul") oder mit dem US-Präsidentenskandidaten Donald Trump, den er im August 2016 als "Hassprediger" bezeichnete.

Kurzum: Der Abgang Steinmeiers sollte vor dem Hintergrund eines Krieges in Osteuropa, der Krise der EU und der erratischen Trump-Regierung für eine überlegte Neupositionierung deutscher Außenpolitik genutzt werden. Es steht in Europa und transatlantisch viel auf dem Spiel, und Deutschland hat in der jüngeren Vergangenheit nicht immer glücklich agiert.

"Privat" für bessere Beziehungen zu Russland

Die beeindruckende Karriere Gabriels ist Ausweis starken Willens und politischen Talents. Wie wenige andere hat er die politische Landschaft Deutschlands seit der Ära Schröder

¹ Die Rochade : le coup stratégique

geprägt. Gabriel gilt als gewiefter² Taktiker, der politische Chancen rasch zu ergreifen und zu nutzen weiß, der weder Streit noch schnelles Urteil scheut. Doch gerade diese politischen Stärken Gabriels könnten sich im Auswärtigen Amt als problematisch erweisen. Hier ist kein Instinktpolitiker gefragt, sondern ein Chefdiplomat und Stratege, der mit seiner gesamten Person für Vertrauen und Verlässlichkeit steht. Dies gilt insbesondere in einer Zeit der Unsicherheit, in der Deutschland und der gesamte Westen vor einer ungewissen Zukunft stehen. Unbedachte Äußerungen und impulsive Aktionen können in dieser angespannten Lage großen Schaden verursachen. Zugleich sollte die deutsche Außenpolitik unser Land und die Europäische Union strategisch neu aufstellen; dazu bedarf es enger Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten sowie klarer Abgrenzung gegenüber den erstarkenden Gegnern der liberalen Ordnung. Das heißt: Im Auswärtigen Amt wird jemand benötigt, der klaren Verstand und eine ruhige Hand mit Weltläufigkeit verbindet.

Einige Auftritte Gabriels im Ausland können Zweifel daran nähren, dass er die erste Wahl für das Auswärtige Amt ist. So kritisierte er die israelische Besatzung als "Apartheid-Regime" und zögerte bei anderer Gelegenheit, Menschenrechtsverletzungen in den Golfstaaten beim Namen zu nennen. Am problematischsten dürfte jedoch das Auftreten Gabriels gegenüber Russland sein. Bei einem offiziellen Besuch in Moskau im Herbst 2015 distanzierte er sich ostentativ von der Haltung der Bundesregierung und der Europäischen Union. Wirtschaftsminister Gabriel erklärte, er sei "privat" für bessere Beziehungen. Er könne, sagte Gabriel in Moskau, nicht verstehen, warum sich "unsere beiden Länder in komplett andere Richtungen entwickelten". Am Ende seiner Audienz bei Präsident Putin bat er dann noch wie ein Schuljunge um ein Autogramm des russischen Machthabers.

Ohne zu zögern westliche Werte verteidigen

Stilfragen ausgeklammert: In der Russland-Politik liegt der designierte Außenminister eher auf der Linie von Trump oder Erdoğan, deren autoritäre Politik ansonsten von der SPD – zu Recht – scharf kritisiert wird. Kann sich Deutschland im Krisenjahr 2017 einen Außenamtschef leisten, der "privat" wenig von Sanktionen gegen Moskau hält und den autoritären Umbau Russlands offenbar komplett verschlafen hat?

In den kommenden Monaten bis zur Bundestagswahl braucht Deutschland einen Außenminister, dem unsere Verbündeten vertrauen können, der in Verhandlungen einen langen Atem hat und der gezielt daran arbeitet, Sicherheit und Frieden in Europa wiederherzustellen. Die Herausforderung durch die autoritären Bewegungen und Regime im Westen wie im Osten verlangen nach einer Person mit klarem Urteilsvermögen und strategischer Weitsicht. Es wird im Wahlkampf nicht an Stimmen mangeln, die die Westbindung Deutschlands und die Friedensordnung in Europa infrage stellen werden. Sowohl die AfD als auch die Linkspartei stehen in den Startlöchern. Da ist es von entscheidender Bedeutung, dass deutsche Außenpolitik sich der autoritären Herausforderung stellt und ohne zu zögern westliche Werte verteidigt.

Quelle : www.zeit.de / 26.1.2017 von Jan C. Behrends

² gewieft : malin

Frank-Walter Steinmeier: Mut zur Klarheit

Mit seinem Appell an Erdoğan hat Steinmeier in seiner ersten Rede gezeigt, wie er sein Amt als Bundespräsident versteht. Das lässt für die kommenden Jahre Gutes hoffen.

"Wir Deutsche leben in einer gefestigten, in einer selbstbewusst gelassenen Demokratie", so hat es Ex-Bundespräsident Christian Wulff gesagt, als er vor sieben Jahren sein Amt antrat. Wie sehr sich die Zeiten mittlerweile geändert haben, das konnte man erahnen, wenn man den Reden folgte, die am heutigen Mittwoch bei der Vereidigung von Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten gehalten wurden.

"Ordnungen, die unverrückbar erschienen, lösen sich auf", sagte etwa der scheidende Bundespräsident Joachim Gauck. Und Steinmeier, normalerweise kein Mann der zu Alarmismus neigt, schloss an seinen Dank an den Vorgänger den Satz an: "Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte verteidigen – diese Aufgabe bleibt!"

Kein Zweifel: In Zeiten, in denen die Zukunft Europas auf dem Spiel steht, in denen in vielen europäischen Ländern rechtspopulistische Parteien Zulauf haben und in denen ein amerikanischer Präsident westliche Werte und westliche Sicherheitsstrukturen in Frage stellt, scheinen alte Gewissheiten nicht mehr ohne Weiteres zu gelten.

"Dass die Demokratie weder selbstverständlich noch mit Ewigkeitsgarantie ausgestattet ist, dass sie – einmal errungen – auch wieder verloren gehen kann, wenn wir uns nicht um sie kümmern", diese Einsicht will Steinmeier entsprechend zu dem zentralen Thema seiner Präsidentschaft machen. Der neuen Faszination für das Autoritäre will er den Mut zur Demokratie und zu Europa entgegensetzen.

Thematisch unterscheidet er sich da kaum von seinem Vorgänger. Auch dem erschienen die Deutschen oft zu ängstlich und zu verzagt. Auch er verstand sich als einer, der Mut machen wollte, sich den vielfältigen Herausforderungen einer globalisierten, vernetzten Welt zu stellen.

Unterschied im Stil

Der Unterschied zwischen Steinmeier und Gauck liegt eher im Stil. Gauck war jemand, dem das Pathos lag, ein Gefühlsmensch, der sich auch mal von seinen Emotionen überwältigen ließ. Mit seiner Leidenschaft für die Demokratie habe er Verstand und Herz erobert, so formulierte es Bundesratspräsidentin Malu Dreyer in ihrer Rede vor der Vereidigung.

Steinmeier dagegen ist ein nüchterner Mann, vor allem während seiner Jahre als Außenminister und Kanzleramtschef war er eher ein Politikmacher als ein Politikerklärer. Dass er seine Zuhörer künftig vor allem Kraft feuriger Reden für die Demokratie begeistern wird, ist auch nach seiner klugen, aber nicht unbedingt mitreißenden Antrittsrede nicht zu erwarten.

Der neue Bundespräsident will diesem Manko begegnen, indem er sich am Vorbild des ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten Gustav Heinemann orientiert. Der galt als "Bürgerpräsident", weil er in besonderer Weise den Kontakt zur Bevölkerung suchte. Das hat auch Steinmeier sich vorgenommen. Bei seiner ersten Deutschlandreise wolle er dahin, wo die Demokratie gemacht werde, kündigte er an. Zu den Kommunalpolitikern, den

Ehrenamtlichen, den Flüchtlingshelfern. Der direkte Dialog, das kann auch ein Mittel sein, um die Demokratie zu stärken. Und dass Steinmeier Bürgernähe verkörpern kann, weil er Menschen ernst nimmt ohne sich anzubiedern¹, das hat er bereits in seinem Wahlkreis bewiesen.

Mut zur Komplexität

Doch Steinmeiers Stärke liegt noch in etwas anderem: Er hat Mut zur Komplexität. "Machen wir es uns nicht zu einfach", appellierte er während seiner Rede immer wieder. Es sich nicht zu einfach machen, das gehört wohl zwangsläufig dazu, wenn man die Demokratie ernsthaft verteidigen will. Die Demokratie sei demnach ein "Satz mit lauter Kommata, nicht mit Punkten", weil sie immer weiter entwickelt werden müsse.

Wie das geht, wenn man es sich nicht zu einfach macht, zeigte Steinmeier am Beispiel Türkei. Denn er verurteilte nicht nur, was da passiert. Er führte erst einmal aus, welchen gewaltigen, positiven Entwicklungsweg die Türkei in den vergangenen Jahrzehnten hinter sich gebracht hat. "Ohne Hochmut und Besserwisserei" wolle er auf die Türkei schauen, sagt er. Dabei betont er die schwierige Situation des Landes zwischen den Krisenregionen Syrien und Irak.

Ein angenehm anderer Ton

Gemessen an dem vielen, was in den vergangenen Tagen über die Türkei gesagt worden ist, war das ein angenehm anderer Ton. Es fehlte die sonst so verbreitete Selbstgerechtigkeit, die manche Kritik an der Türkei geprägt hat und bei der es immer zuerst darum zu gehen schien, bei den heimischen Wählern durch maximale Härte zu punkten.

An Klarheit lässt Steinmeier es dennoch nicht fehlen. "Beenden Sie die unsäglichen Nazivergleiche! Zerschneiden Sie nicht das Band zu denen, die Partnerschaft mit der Türkei wollen! Respektieren Sie den Rechtsstaat und die Freiheit von Medien und Journalisten! Und: Geben Sie Deniz Yücel frei!", appellierte der neue deutsche an den türkischen Präsidenten.

Nun könnte man ihm vorwerfen, dass er für einen Bundespräsidenten, der schließlich kein Nebenaußenminister ist, ziemlich deutlich geworden ist. Doch Steinmeier lieferte in seiner Rede auch die Erklärung mit, wieso er sich diesen deutlichen Appell erlaubt hatte. Er wolle überparteilich sein, sagt er. Aber parteiisch für die Demokratie. In diesem Sinne lässt sein erster Auftritt auf eine interessante Amtszeit hoffen.

Quelle : www.zeit.de / 22.3.2017 - von Katharina Schuler

¹ sich anbieten : se faire bien voir

Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern "Merkel scheut gesellschaftliche Debatten"

In der Flüchtlingskrise habe Merkel zu wenig Diskussion zugelassen, sagt SPD-Vize Thorsten Schäfer-Gümbel. Deutschland müsse seine Werte verteidigen, auch gegen die AfD.

ZEIT ONLINE: Erwin Sellering, der SPD-Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, hat Wahlkampf gegen Merkels liberale Flüchtlingspolitik gemacht – und so einen Umfragerückstand aufgeholt. Ist das der neue SPD-Trend?

Thorsten Schäfer-Gümbel: Nein, Erwin Sellering hat nicht kritisiert, dass Deutschland Flüchtlingen in Not geholfen hat. Aber er hat Frau Merkel kritisiert, weil sie nie gesagt hat, was wir tun müssen, um das zu schaffen. Die SPD hat von Beginn an gesagt, dass der Satz "Wir schaffen das" alleine nicht reicht. Wir müssen auch die Voraussetzungen schaffen. Niemand darf gegeneinander ausgespielt werden. Wir haben eine klare Haltung, anders als die Populisten von der AfD, die einfach nur dagegen sind. Die Union holt jetzt ein, dass sie bis heute kein Konzept für Integration und Zuwanderung hat. Merkels Strategie der Entpolitisierung der Gesellschaft wendet sich jetzt gegen sie.

ZEIT ONLINE: Was genau meinen Sie damit?

Schäfer-Gümbel: Merkel scheut gesellschaftliche Debatten. Sie verfährt seit Jahren nach dem Prinzip "Sie kennen mich". Auch in der Flüchtlingskrise hat die Kanzlerin von den Wählern erwartet, dass diese sich einfach auf sie verlassen und keine Fragen stellen. Es gab zu wenig Raum für Debatten, viele hatten den Eindruck, dass Zweifel nicht erlaubt sind. Da will ich die SPD gar nicht ausnehmen. Aber wenn es um Integration, sozialen Zusammenhalt und Fluchtursachen geht, dann haben wir im Gegensatz zur Union konkrete Vorschläge gemacht und viel durchgesetzt.

ZEIT ONLINE: Sigmar Gabriel saß mit "Refugees Welcome"-Button im Bundestag, jetzt spricht er von "Obergrenzen" für Zuwanderung. Können Sie verstehen, dass manchmal nicht klar ist, was die SPD will?

Schäfer-Gümbel: Sigmar Gabriel hat von Anfang an gesagt, dass wir eine doppelte Integrationsaufgabe haben werden, also auch die inländische Bevölkerung mitnehmen müssen. Wir brauchen mehr öffentliche und soziale Sicherheit für die gesamte Bevölkerung. Finanzminister Schäuble sonnt sich lieber im Erfolg der schwarzen Null, als an den sozialen Zusammenhalt zu denken. Und was die Begrenzung betrifft, haben Sigmar Gabriel und die SPD unter anderem die Kontingente und die faire Verteilung von Flüchtlingen in der EU eingefordert, die wir vergangenes Jahr auch beschlossen haben. Meine Haltung unabhängig davon habe ich deutlich gesagt: Wo es keine Obergrenze für Leid gibt, kann es auch keine Obergrenze für Mitgefühl geben.

ZEIT ONLINE: Damit distanzieren Sie sich von Gabriel.

Schäfer-Gümbel: Nein. Auch mein Satz bedeutet nicht, dass alle Flüchtlinge nach Deutschland kommen können. 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, die Lösung dafür liegt nicht in Deutschland. Wir müssen die globalen Fluchtursachen bekämpfen, damit möglichst wenig Menschen überhaupt fliehen müssen.

ZEIT ONLINE: Hätte ein SPD-Bundeskanzler denn im vergangenen Herbst die Grenzen geschlossen? Selbst der CDU-Innenpolitiker und Merkel-Kritiker Wolfgang Bosbach sagt, die Entscheidung, Flüchtlinge aus Budapest aufzunehmen, sei richtig gewesen.

Schäfer-Gümbel: Natürlich war sie richtig. Und natürlich brauchen wir den Schutz von Europas Außengrenzen. Das ist die Voraussetzung für planbare, sichere Fluchtwege. Wenn wir den Kanzler gestellt hätten, hätten wir erheblich schneller gehandelt, zum Beispiel bei den Fluchtursachen. Auch da hat die Union jahrelang weggeschaut. Wir brauchten Wohnungsbauprogramme auch vor den Flüchtlingen, aber jetzt noch dringender, zudem eine gute Lohnpolitik, und zwar für die, die hier leben, und für die, die kommen. Und zu sozialer und öffentlicher Sicherheit kommt noch: Wir sollten auch über kulturelle Sicherheit sprechen. Welche konkreten Werte sind uns wichtig, was macht unseren liberalen Rechtsstaat aus?

ZEIT ONLINE: Sie fordern eine neue Leitkultur-Debatte?

Schäfer-Gümbel: Ich kann mit dem Begriff nichts anfangen, weil die Union damit suggeriert, dass irgendjemand über anderen steht. Aber wir sollten unsere Grundwerte nicht für selbstverständlich halten, sondern selbstbewusst immer wieder aufrufen. Natürlich sind bei uns Mann und Frau gleichberechtigt, natürlich haben wir Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und das Solidarprinzip. Die ersten 20 Artikel des Grundgesetzes sind das, woran wir rechtsradikale AfD-Funktionäre crinnern müssen, aber auch Zuwanderer, die oft ja gerade vor extrem illiberalen Verhältnissen in ihrer Heimat fliehen. Unsere Werte machen einen Teil unserer Anziehungskraft aus.

ZEIT ONLINE: Wäre die Flüchtlingskrise dann der Auslöser für eine Wertedebatte?

Schäfer-Gümbel: Die Flüchtlingssituation hat die Fragen sicher beschleunigt. Aber eine gewisse Verunsicherung war schon lange da. In der Frankfurter Schule hieß es: "Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen." Ich will es mal zuspitzen, heute muss man sagen: Wer über Rechtspopulismus redet, darf über Marktradikalismus nicht schweigen. Die Unsicherheit durch die unregelte Globalisierung ist eine der Ursachen für den Erfolg der AfD. Wir reden darüber zu wenig. [...]

Quelle : www.zeit.de / 6.9.2016 von Lisa Caspari

Absage und Ansage

Die Bundesregierung steckt in der Zwickmühle: Wie sehr darf sie die Türkei kritisieren? Eine zu harte Haltung könnte auch den Unterstützern Erdogans in die Hände spielen.

Einst in den Kämpfen der Polizei gegen die Mafia in Chicago soll es so gewesen sein: Wenn die Beweise gegen die Bosse fehlten, diese für Mord und Totschlag zu verurteilen, wurden sie etwa wegen Falschparkens verurteilt. Die Bundesregierung scheint froh darüber zu sein, dass Auftritte türkischer Regierungsmitglieder, die für die Verfassungsänderung in der Türkei werben wollen, wegen versammlungsrechtlicher Auflagen kommunaler Behörden in Gaggenau und Köln wenigstens vorläufig verboten wurden. Die Bundesregierung steckt in einer Zwickmühle. Einerseits will Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die ohnehin schwierigen Beziehungen zur Türkei nicht noch zusätzlich belasten, indem sie Einreise- und Auftrittsverbote durchsetzt oder wenigstens initiiert. Andererseits wächst vor allem aus den Bundesländern der Druck, die Bundesregierung solle sich keinen schlanken Fuß machen¹ und schwierige Entscheidungen an politische Ebenen delegieren, die mit der Gestaltung der bilateralen Beziehungen Deutschlands zum türkischen Regime am wenigsten zu tun haben. Dass die Sache auch mit den Wahlkämpfen in Deutschland zu tun hat, wurde ebenfalls deutlich. Politiker der SPD und der CSU wirkten beim kräftigem Protest zusammen. Dem Eindruck eigenen Zauderns hatten CDU-Politiker zu widersprechen. Nahezu geschlossen ist die Front aus den Ländern.

Mit einem Spagat² suchten am Freitag Sprecher der Bundesregierung die Lage zu bewältigen. Das Verbot der Wahlkampfveranstaltung mit dem türkischen Justizminister Bekir Bozdog in Gaggenau in Baden-Württemberg wurde verteidigt. Die Entscheidung dort sei „ganz sicher im Einklang mit Recht und Gesetz ergangen“, sagte Martin Schäfer, der Sprecher des Auswärtigen Amtes. Weil sie von deutschen Gerichten überprüft werden könne, sei sie auch „Ausdruck von rechtsstaatlichem Verhalten“. Zugleich versicherte er: „Niemand kann ein Interesse daran haben und darf ein Interesse daran haben, dass wir mit der Türkei in Sprachlosigkeit, in einen Dialog nur noch über Medien und in offene Konfrontation verfallen.“ Ulrike Demmer, die stellvertretende Sprecherin der Bundesregierung, ging einen ähnlichen Weg. „Wir leben hier, was wir von anderen fordern“, sagte sie – womit sie Bezug auf die Einhaltung der deutschen Regeln von Versammlungs- und Meinungsfreiheit nahm. Zugleich fügte sie an: „Die Bundesregierung beklagt aus Überzeugung, dass Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei derzeit eingeschränkt werden.“ Auch wurde davor gewarnt, den Streit über die Wahlkampfauftritte türkischer Minister mit dem Fall des in der Türkei inhaftierten Journalisten (und deutsch-türkischen Doppelstaaters) Deniz Yücel zu verknüpfen. Nicht einmal Kabinettsmitglieder hielten sich daran.

Vor allem SPD-Bundesminister Sigmar Gabriel suchte mit kräftigen Äußerungen, den Stimmungen in den Bundesländern und den Parteien zu entsprechen. Nachdem der türkische Justizminister Bozdog wegen der Absage seines Auftritts in Gaggenau ein verabredetes Treffen mit ihm abgesagt hatte, schrieb Heiko Maas (SPD), der deutsche Justizminister, einen Brief an den türkischen Justizminister. Maas hielt der Türkei den „Abbau“ des Rechtsstaates

¹ sich einen schlanken Fuß machen : se dérober

² der Spagat : le grand écart

vor. Mit Blick auf Yücel formulierte Maas: „Diese Entscheidung hat mich erschüttert. Den Umgang mit Herrn Yücel halte ich für unverhältnismäßig, zumal er sich der türkischen Justiz für Ermittlungen freiwillig zur Verfügung gestellt hatte.“ Es fügte sich, dass der Inhalt des Schreibens wenig später auf „Spiegel online“ veröffentlicht wurde. Maas bekam politische Rückendeckung von Außenminister Gabriel: „Wenn Gäste aus der Türkei nach Deutschland kommen, erwarten wir, dass sie nicht nur zu Wahlkampfveranstaltungen fahren, sondern sich dann auch dem Gespräch beispielsweise mit dem Justizminister oder dem Wirtschaftsminister oder dem Außenminister oder wem auch immer stellen.“ Das war – angesichts der bisherigen Äußerungen aus der Bundesregierung – ziemlich weitgehend.

Für Erdogan steht viel auf dem Spiel

Für den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan und die Regierungspartei AKP steht in den nächsten Wochen indes viel auf dem Spiel. Denn in der Türkei deuten alle Umfragen auf einen knappen Ausgang des Referendums vom 16. April über die Einführung eines Präsidialsystems. Zünglein an der Waage könnten daher die etwa drei Millionen stimmberechtigten Auslandstürken sein, von denen die Hälfte in Deutschland lebt. Um sie zu mobilisieren, stehen der türkischen Regierung zwei wichtige Institutionen zur Verfügung: die fast tausend Moscheen, welche die türkische Religionsbehörde Diyanet finanziert und deren Imame sie bereitstellt, sowie die Lobbyorganisation Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD), die Auftritte von AKP-Politikern in Deutschland und in ganz Europa organisiert.

Vertreten ist die UETD in 15 Ländern Europas mit 250 lokalen und regionalen Filialen. Die mieten Räume an, laden die Politiker aus der Türkei ein und organisieren die Anreise der Anhänger und Sympathisanten. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist in Ankara die Entscheidung für die Auftritte der Minister für Justiz und Wirtschaft, Bozdogan und Nihat Zeybekci, kurzfristig gefallen, seit sich in der Türkei ein knapper Ausgang des Referendums abzeichnet.

[...]

Offiziell ist die UETD eine gemeinnützige und überparteiliche Organisation aller in Europa lebenden türkischen und türkischstämmigen Bürger. Es gebe keine juristischen Verbindungen zur AKP, sagt der stellvertretende Vorsitzende Fatih Zingal. Zudem sei die UETD die politische Interessenvertretung der türkischen Gemeinden in Europa. Faktisch ist sie jedoch die Lobbyorganisation der AKP, denn die UETD vertritt und verteidigt die Politik Ankaras. Die meisten UETD-Filialen befinden sich in Deutschland, vor allem in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Kritiker der UETD werfen ihr vor, die Spaltung in der Türkei nach Deutschland zu tragen und integrationsfeindlich zu wirken.

Quelle : www.faz.net / 3.3.2017 von Günter Bannas, Rainer Hermann und Rüdiger Soldt

Politik ist wieder angesagt

Trump und Brexit waren Warnschüsse. Junge Menschen merken, was auf dem Spiel steht. Jetzt mischen sie sich wieder in die Politik ein, aber auf ihre Weise: online, offline und überparteilich.

Politik polarisiert wieder. Ob das nun gut ist oder schlecht: Sicher ist, dass es junge Menschen zwischen 15 und 35 dazu bringt, sich nach Jahren des Desinteresses und dem Rückzug ins Private mit ihr auseinanderzusetzen. Wähten sie sich zuvor in gemütlicher Sicherheit eines scheinbar krisensicheren, geeinten Europas, rüttelte die Entscheidung einer wenn auch knappen Mehrheit der Briten für den Brexit und spätestens die Wahl Donald Trumps zum amerikanischen Präsidenten viele wach. Die Terrorattentate in Berlin, London und nicht zuletzt in Stockholm tun dabei ihr Übriges. Der Grundtenor: Man kann sich eben doch nicht darauf verlassen, dass schon alles gut geht, wenn man sich nicht einmischt.

Und so sitzt die Politik wieder mit am Küchentisch. Auf Partys regt man sich über Trump auf, in der WG-Küche schimpft man auf die AfD, beim Grillen im Park ist Erdogan und das Referendum in der Türkei ein Thema. Das ist eine gute Entwicklung, könnte man meinen. Doch Fakt ist auch, dass es oft beim Reden bleibt. Und dass kaum Diskussionen aufkommen, geschweige denn Streit. Jeder bleibt in seiner Filterblase. Man ist umgeben von Menschen, die so denken wie man selbst. Bildungsgrad, Einkommen, Sozialisierung – alles ungefähr gleich. „Man müsste echt was machen“, heißt es beim Glas Rotwein oft. „Schlimm, diese Populisten“, und: „Früher sind die Leute ja noch auf die Straße gegangen.“

Von Facebook an die Berufsschulen

Eine hat den Sprung vom Reden zum Handeln gewagt: Mareike Nieberding gründete am Morgen nach der Wahl Trumps am 9. November 2016 eine Jugendbewegung. Einfach so. Sie schrieb einen Facebook-Post und rief dazu auf, sich wieder zu positionieren. Mittlerweile gefällt 4000 Menschen „Demo“. „Die Idee ist, ein neues Wir-Gefühl unter jungen Menschen in Deutschland entstehen zu lassen. Wir glauben an Demokratie, die freie Presse und Europa. Und wir dürfen die Politik nicht nur in die Hände der Älteren legen“, sagt Mareike Nieberding. Sie ist 29 Jahre alt und Journalistin. Seit November ist „Demo“ gewachsen, etwa 20 bis 25 Leute stellen das Kernteam in Berlin, dazu gibt es in vielen Bundesländern Regionalvertreter.

Die drei großen Ziele, die auf der Website formuliert sind, lauten: Ins Gespräch kommen, politisches Selbstbewusstsein vermitteln und zum Wählen motivieren. Praktisch heißt das: Werkzeug für Diskussionen und Debatten an die Hand geben, interessierte Menschen zusammenbringen – und dann raus aus der Filterblase: Auch offline soll die Bewegung funktionieren und die Leute ansprechen, mit denen man eben nicht am Küchentisch sitzt.

„Demo“ will deshalb an Schulen gehen, genauer gesagt: an Berufsschulen. „Da stehen junge Leute im echten Leben, da ist ganz viel Potential, das nicht angezapft wird. Auf Gymnasien und Universitäten gibt es bereits Angebote. Wir wollen Workshops anbieten, in denen wir Demokratie- und Medienkompetenz vermitteln und politisches Selbstbewusstsein vermitteln“, erklärt Mareike Nieberding. „Und obwohl ‚Demo‘ für Frieden und Demokratie ist, wollen wir uns auch mal wieder richtig streiten und mit anderen Meinungen auseinandersetzen.“

„Junge Leute sind bequeme Demokraten“

Dass gerade die Wahl von Trump zum Präsidenten viele Leute, besonders die Jungen, aufgeschreckt hat, glaubt auch Klaus Hurrelmann, Jugendforscher aus Berlin. Aber auch der Brexit war ein Warnschuss: Wären die jungen Menschen alle zur Wahl gegangen, hätten sie womöglich ihr Interesse an einem Verbleib Großbritanniens in der EU durchsetzen können. Hurrelmann ist Ko-Autor der Shell Jugendstudie, die 2015 junge Menschen im Alter von 12 bis 25 Jahren unter anderem zu ihrem politischen Interesse befragte. Gaben 2002 noch 30 Prozent der Jugendlichen an, politisch interessiert zu sein, waren es 2015 rund 41 Prozent. Fast sechs von zehn Befragten haben sich auch politisch engagiert, meist durch Boykotte und Petitionen. Die Studie „Generation What“ zeigt ähnliche Ergebnisse: Von gut 100.000 Befragten zwischen 16 und 34 Jahren gaben 14 Prozent an, sich in einer politischen Organisation zu engagieren. 47 Prozent sind nicht aktiv, könnten es sich aber vorstellen.

„Junge Leute sind bequeme Demokraten“, erklärt der Jugendforscher. „Demokratie wird durchweg positiv bewertet, aber parlamentarische Strukturen und Parteien werden skeptisch gesehen. Zu bürokratisch.“ Dass jetzt aber auch Parteien, vor allem im linken Spektrum, gewaltigen Zuwachs erleben, überrascht ihn. Ob das wachsende Interesse und Engagement ein langfristiger Trend ist, bleibt unklar, „aber dafür spricht, dass das politische Interesse der jungen Deutschen über die letzten Jahre konstant angestiegen ist.“ Jetzt sieht Hurrelmann die Parteien in der Pflicht: Können sie die Neuzugänge halten? [...]

Wie schafft man es, junge Menschen für Politik zu begeistern? „Gerade die Gesellschaftspolitik zieht die Jungen an. Gleichstellung, Europa, Absenkung des Wahlalters und Widerstand gegen Rechts sind Themen, mit denen sie sich identifizieren können, vielleicht eher als mit den klassischen Themen einer Partei“, erzählt Haungs.

Lieber eine Petition als eine Mitgliedschaft unterschreiben

Diesen Trend zu punktuellen Aktivismus, der nicht Hand in Hand mit einem Parteiprogramm geht, beobachtet auch Hurrelmann. Gerade Initiativen, bei denen man sich nicht verlässlich anmelden muss, sondern einfach mitmachen kann, wenn man will und Zeit hat, haben Zulauf. Das spiegelt sich auch in dem Erfolg von Petitionen oder Demonstrationen, etwa „Stop TTIP“. Hört man sich bei jungen Menschen um, scheinen die Thesen sich zu bestätigen. Der 15 Jahre alte Tim gibt an, politisch interessiert zu sein, würde sich aber eher für Soziales engagieren. Demonstriert hat er einmal für Umweltschutz, sonst fehle ihm die Zeit. Am anderen Ende des Altersspektrums ist man desillusioniert. Christian, 31, meint, Engagement führe zu keinem Ergebnis: „Würden Demos was bringen, gäbe es keine Nazis mehr“, resümiert er und zuckt mit den Schultern. [...]

Quelle : www.faz.net / 8.4.2017 von Lisa Muckelberg

Stuttgart verhängt Fahrverbot für ältere Diesel

Baden-Württembergs grün-schwarze Landesregierung bekämpft das Feinstaubproblem in Stuttgart: Ab 2018 werden alle Dieselaautos, die nicht die Abgasnorm Euro 6 erfüllen, aus der Landeshauptstadt ausgesperrt

Zur Verbesserung der stark mit Schadstoffen belasteten Luft in Stuttgart gibt es ab 2018 Fahrverbote für viele Dieselfahrzeuge. Bei Feinstaubalarm werden ab dem kommenden Jahr besonders belastete Straßen für viele Dieselaautos gesperrt, die nicht die Abgasnorm Euro 6 erfüllen. Dies hat am Dienstag die grün-schwarze Landesregierung von Baden-Württemberg beschlossen.

Land und Stadt sind in der Pflicht, dem Verwaltungsgericht Stuttgart bis Ende Februar zu erklären, wie sie die Luft nachhaltig verbessern wollen. Die Feinstaubwerte sind in der Landeshauptstadt deutlich zu hoch. Die beschlossenen Maßnahmen basierten auf den Ergebnissen eines Gutachtens, welches im Auftrag des Regierungspräsidiums Stuttgart zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität untersucht hat, heißt es in einer Pressemitteilung des Ministeriums.

Stuttgart ist die erste Stadt in Deutschland, in der Fahrverbote für ältere Dieselaautos verhängt werden. In der baden-württembergischen Landeshauptstadt sollen Dieselaautos ohne Euro-6-Norm an Tagen mit Feinstaubalarm nicht im Stuttgarter Talkessel, im Stadtteil Feuerbach und in Teilen von Zuffenhausen fahren dürfen. Ausnahmen könne es für den Lieferverkehr geben. In Stuttgart war Mitte Januar 2016 zum ersten Mal Feinstaubalarm ausgerufen worden. Die Bürger in der baden-württembergischen Landeshauptstadt wurden gebeten, freiwillig ihre nur dem Komfort dienenden Kamine aus zu lassen und ihr Auto stehen zu lassen – ohne großen Erfolg.

Allein in diesem Jahr herrschte bisher schon an mehr als 30 Tagen Feinstaubalarm in Stuttgart. Erlaubt sind für das ganze Jahr 35 Tage. Der EU-Grenzwert liegt bei 50 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft. Wird dieser Wert zu oft im Jahr überschritten, müssen die Behörden unter Androhung von Strafen durch die EU handeln. Im Gesamtjahr 2016 wurden in Stuttgart 63 Überschreitungstage gezählt.

In Stuttgart sind der Stadt zufolge 107.000 Dieselfahrzeuge zugelassen, 73.000 davon erfüllen nicht die Abgasnorm Euro 6. Das Land rechnet zwar damit, dass es für 20 Prozent der betroffenen Fahrzeuge Ausnahmeregelungen geben wird. Es geht aber zudem noch um viele Autos, die Stuttgart als Ziel haben.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) erneuerte im Zuge der Fahrverbot-Ankündigung seine Forderung zur Einführung der sogenannten blauen Plakette auf Bundesebene, um Dieselfahrzeuge aus den mit Stickoxiden und Feinstaub belasteten Innenstädten auszusperren. Dies wäre "das wirksamste Instrument der Luftreinhaltung", das habe ein Gutachten gezeigt. Für die blaue Plakette gibt es allerdings bislang keine Mehrheit auf Bundesebene.

Neben Stuttgart liegt die Stickoxid-Belastung in rund 90 weiteren Städten und Kommunen über den Grenzwerten. Die EU hat deshalb bereits ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Jährlich sterben allein hierzulande laut Studien mehr als 10.000 Menschen an den Folgen des überhöhten Stickoxidaustoßes.

Aus: *Der Spiegel*, 21.2.2017 (gekürzt)

Wie die Deutschen zum autonomen Fahren stehen

Eine Umfrage des TÜV Rheinland zeigt, ob sich die Deutschen einem ausschließlich computergesteuerten Fahrzeug anvertrauen würden. Frauen und ältere Menschen sind besonders skeptisch.

Die meisten Deutschen würden sich einem computergesteuerten Auto anvertrauen. Immerhin drei von vier Autofahrern können sich vorstellen, dass der Fahrzeugrechner das Lenkrad übernimmt. Das hat eine repräsentative Umfrage ergeben, deren Ergebnisse der TÜV Rheinland am Montag in Köln vorstellte. Dabei gilt: Je jünger die Befragten und je mehr Kilometer sie zurücklegen, desto eher würden sie sich chauffieren lassen, statt selbst zu steuern. Am höchsten ist die Zustimmung mit mehr als 86 Prozent bei den 18- bis 29-Jährigen.

Die Umfrage offenbart aber auch einen gewissen Widerspruch: Obwohl sich die große Mehrheit der Befragten auf den Fahrzeugrechner verlassen würde, ist nur knapp die Hälfte davon überzeugt, dass die Industrie sichere und zuverlässige autonom fahrende Autos auf den Markt bringen wird. Frauen und ältere Menschen sind besonders skeptisch, während sich vor allem die Fahrer von Oberklasse-Autos zuversichtlich äußern.

Die Restzweifel an der technischen Zuverlässigkeit sind Wasser auf die Mühlen des TÜV. Für potentielle Kunden solch hochautomatisierter Fahrzeuge sei es besonders wichtig, dass unabhängige Prüfeinrichtungen bei Fahrzeugtests und der technischen Überwachung einbezogen würden. Den deutschen Premiumherstellern Mercedes, BMW und Audi trauen die meisten Befragten noch am ehesten zu, die Technik im Griff zu haben. Aber schon auf Platz vier kommt mit knapp 10 Prozent Tesla, noch vor Volkswagen.

Bundestag und Bundesrat haben vor wenigen Tagen einen Gesetzentwurf verabschiedet, der die wichtigsten Rechtsfragen rund um das computergesteuerte Auto regeln soll. Dennoch bereiten etwa die Schuldfrage und die Haftung bei Unfällen immer noch Bauchschmerzen. Mehr als zwei Drittel der Befragten gaben zu Protokoll, dass sie auf diesem Feld große Schwierigkeiten erwarten.

Und die Studie bringt auch Sorgen ganz neuer Art zutage: die Angst, dass Hacker das Steuer übernehmen und die beim Fahren erhobenen Daten in falsche Hände geraten. Das „System TÜV“ sei beim autonomen Fahren deshalb dreifach gefordert: für die Straßenzulassung neuer Fahrzeugtypen, die regelmäßige Hauptuntersuchung und den Datenschutz, sagte Matthias Schubert vom TÜV Rheinland.

Die Prüforganisation sieht sich auf diesem Feld durch die Umfrageergebnisse bestätigt. Demnach würden mehr als zwei Drittel der Befragten ihre vom Fahrzeug gespeicherten und gesendeten Daten neutralen Prüforganisationen anvertrauen. Die Autohersteller rangieren bei dieser Frage mit knapp 60 Prozent auf Rang zwei. Wenig Vertrauen genießen IT- und Softwareunternehmen (46 Prozent), Internetanbieter wie Google oder Apple (gut 36 Prozent) sowie Telekommunikationsunternehmen (34 Prozent), ohne deren Dienste die Steuerung der Fahrzeuge allerdings undenkbar ist.

Cybermobbing: Ist doch nicht so schlimm, machen doch alle

Jeder zehnte deutsche Schüler wurde online schon gemobbt. Eine aktuelle Studie zeigt: Eltern, Lehrer und Schüler kennen zwar das Problem, aber zu selten Lösungswege.

Eine am Dienstag veröffentlichte, nicht repräsentative Studie des Bündnisses gegen Cybermobbing kommt nach Befragung von über 3.000 deutschen Eltern, Lehrern und Schülern zum Ergebnis: Etwa 13 Prozent der Schüler sind schon online gemobbt worden. Auf einen ähnlichen Befund kam die Entwicklungspsychologin Anja Schultze-Krumbholz. Sie hatte in ihrer Dissertation verschiedene deutsche Studien verglichen. Laut Bündnis gegen Cybermobbing sind 14-Jährige am häufigsten betroffen, aber auch 7-Jährige machen schon Erfahrungen mit Cybermobbing. Jeder zehnte Lehrer sagt, er habe regelmäßig damit zu tun, jeder zweite Lehrer habe es schon einmal erlebt.

Etwa jedes dritte Opfer läuft Gefahr, langfristig unter den Folgen des Mobbings zu leiden, so das Bündnis gegen Cybermobbing. Manche Betroffene fangen an, regelmäßig Alkohol zu trinken oder Tabletten zu nehmen. Jeder fünfte Schüler hat über Suizid nachgedacht. Lehrer berichten von Angstzuständen, Leistungsabfall und Konzentrationsstörungen.

Immerhin scheint Cybermobbing abzunehmen. Das Bündnis gegen Cybermobbing hatte bereits 2013 eine ähnliche Studie durchgeführt. Im Vergleich wurden Schüler in der Studie 2017 etwas seltener online gemobbt. Lehrer, Eltern und Schüler sind heute wesentlich besser informiert als 2013. Lehrer geben an, dass es viele Programme gegen Mobbing gibt, Schüler erleben das seltener. Aber das Problem wird ernster genommen und Lehrer gehen selbstverständlicher mit neuen Medien im Unterricht um.

Doch warum ist Cybermobbing überhaupt so verbreitet? Laut Umfrage geben weniger Schüler als 2013 Spaß und Langeweile als Grund an. Dafür behaupten mehr, dass das Opfer es "verdient" habe. Den Autoren zufolge wird Cybermobbing heute gezielter als 2013 eingesetzt, um andere fertig zu machen. Die Psychologen Anja Schultze-Krumbholz von der Technischen Universität Berlin und Herbert Scheithauer von der Freien Universität Berlin machen ähnliche Erfahrungen in der Praxis. Manchmal räche sich ein Schulhof-Mobbingopfer im Netz an seinem Peiniger, weil er oder sie sich nicht anders zu helfen wisse. Opfer würden damit selbst zu Tätern. In anderen Fällen können Mobber nicht einschätzen, wie viel Schmerz sie anderen bereiten. Sie sagen: "Ist doch nicht so schlimm, machen doch alle."

Die positiven Nachrichten der Studie des Bündnisses gegen Cybermobbing teilen Scheithauer und Schultze-Krumbholz nicht uneingeschränkt. Mobber erlebten immer wieder, dass ihre Attacken nicht nachgewiesen werden können und keine Konsequenzen haben. Lehrer schauen aus Unsicherheit im Umgang mit Cybermobbing lieber weg. Scheithauer sagt: Es reicht nicht aus, die Lehrer fortzubilden, man muss sie auch begleiten.

Deshalb haben Schultze-Krumbholz und Scheithauer das Anti-Mobbing-Programm "Medienhelden" entwickelt. Erst nach mindestens zehn Wochen zeigt es seine Wirkung, denn Prävention braucht Zeit. Ein wichtiges Element in Scheithauers Programm sind Rollenspiele. "Schüler müssen erleben, was sie sich erarbeiten", sagt Scheithauer. Außerdem können sie üben zu erkennen, wann jemand zum Opfer wird – und wie sie einschreiten können, ohne sich und andere in Gefahr zu bringen. Schließlich bereiten Schüler selbst Elternabende vor, in denen sie den Erwachsenen erklären, wie sie ihre Facebook-Accounts sicherer machen oder mit Kindern reden können, damit die sich ihnen anvertrauen.

Aus: *Die Zeit*, 16.5.2017 (gekürzt)

Spagat zwischen Job und Familie macht vielen Eltern Probleme

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie macht vielen Eltern in Deutschland Schwierigkeiten. Mehr als zwei Drittel (68 Prozent) von ihnen gaben in einer repräsentativen Befragung des Meinungsforschungsinstituts Kantar Emnid an, damit Probleme zu haben.

Nur 29 Prozent sagen, sie bekämen beides gut hin - vor vier Jahren machten noch 43 Prozent eine solche Aussage.

Die Ergebnisse der Studie wurden am Montag in Berlin vorgestellt. Für die Zeitschrift "Eltern" waren 1000 Väter und Mütter mit Kindern bis zu zehn Jahren befragt worden.

Doch warum fällt es Eltern so schwer, die richtige Balance zu finden? Einer der Gründe ist laut der Studie, dass Frauen immer früher wieder in den Beruf zurückkehren – oft aus finanziellen Zwängen heraus. Sie wollen jedoch auch für ihr Kind da sein. Väter wollen vielleicht mehr Zeit für die Familie, können es sich aber nicht leisten, beim Job zu reduzieren. 86 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass sie sich dem Arbeitsmarkt anpassen müssten statt umgekehrt – trotz Home-Office, Teilzeit und anderen flexiblen Arbeitsmodellen.

Eltern müssen auch mit anderen Erwartungen fertig werden. Während Frauen früher als schlechte Mutter galten, wenn sie nach einer Geburt zeitnah wieder arbeiten gegangen sind, gilt heute der Studie zufolge offensichtlich oft das Gegenteil: 84 Prozent sagte, sie fühlten eine Erwartung, das Kind möglichst früh in die Kita geben zu müssen.

Einfach zu lösen ist das Dilemma von äußeren Erwartungshaltungen, eigenen Wünschen und realen Gegebenheiten nicht. Vor allem hilft wohl ein bisschen mehr Gelassenheit bei der eigenen Beurteilung. Dazu rät Prof. Barbara Thiessen von der Fakultät Soziale Arbeit der Hochschule Landshut. "Jene Eltern tun sich leichter, denen es gelingt, sich von dem Druck freizumachen, alles perfekt machen zu wollen", sagt sie. Das Motto sollte auch mal sein: "Gut genug genügt."

Ein bisschen weniger Selbstoptimierungszwang in Bezug auf Kindererziehung, Karriere und Wohnung nimmt schon etwas an Last. So ließen sich die Aussagen der Forscherin zusammenfassen, die bei der Studie beraten hat. Außerdem leben Paare auf lange Sicht wesentlich entspannter, wenn sie füreinander eintreten.

Was die Befragung auch zeigt: Unter den Müttern und Vätern wünschen sich nicht wenige eine sehr traditionelle Rollenverteilung. Der Mann verdient das Geld, während die Frau Haushalt und Kinder versorgt: 17 Prozent bevorzugen dieses Modell – ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu 2013 (6 Prozent).

Am beliebtesten ist das Modell, in dem der Vater Vollzeit und die Mutter Teilzeit arbeitet (41 Prozent). Dazu kümmert sie sich noch um Nachwuchs und Heim – auch ziemlich klassisch. Von Arbeitszeit bis Kinderbetreuung alles gerecht aufteilen, das wollen 23 Prozent.

Aus: *Süddeutsche Zeitung*, 9.5.2017

Belastungen am Arbeitsplatz: Jeder Fünfte hat psychische Probleme

Psychische Belastungen gehören zum Arbeitsalltag. Dennoch werden sie in den Unternehmen immer noch häufig tabuisiert und unterschätzt. Experten fordern ein Umdenken.

Bei Bewerbungsgesprächen stecken Menschen mit psychischen Problemen häufig in einem Dilemma. Sprechen sie offen darüber, sinken ihre Chancen auf den Job deutlich. Verschweigen sie ihre Krankheit dagegen, könnten sie nach einiger Zeit entlassen werden. Etwa jeder fünfte Mitarbeiter hat im Laufe seiner beruflichen Laufbahn eine – meist leichtere – psychische Krankheit. Rund drei Viertel sind deswegen weniger produktiv am Arbeitsplatz.

Nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern auch für Arbeitskollegen und Vorgesetzte sei die Situation meist belastend, heisst es in einer am Montag publizierten Studie der Psychiatrie Baselland und der Hochschule Luzern. Befragt wurden 1524 Führungskräfte, von denen rund 80% eine Situation mit einem psychisch auffälligen Angestellten erlebt haben. In vier Fünfteln der Fälle haben die Vorgesetzten die Mitarbeiter als extrem oder sehr belastet wahrgenommen. Je rund 40% der Befragten kommen auch für sich selbst sowie das Team zu dieser Einschätzung. In einem Drittel der Fälle sei nicht über das Problem gesprochen worden, sagt Niklas Baer, Haupt-Studienautor und Leiter Fachstelle psychiatrische Rehabilitation der Psychiatrie Baselland.

Die psychischen Krankheiten endeten häufig in Langzeitabsenzen, Klinikaufenthalten, Kündigungen (in zwei Dritteln der Fälle) und zum Teil Invalidität. Selbst wenn die Probleme schwer wogen und lange andauerten, versuchten die Führungskräfte meistens, sie im engsten Kreis zu bewältigen. Nur in jedem fünften Fall suchte der Arbeitgeber den Kontakt zum behandelnden Arzt. Rund ein Drittel der Befragten hat jedoch aus der Situation gelernt und würde bei einem nächsten Mal rascher interne und externe Hilfe beiziehen.

Zudem wurden die Probleme laut den Studienautoren vielfach zu spät erkannt. Die Vorgesetzten intervenierten in vielen Fällen erst, als bereits Suchtprobleme, Konflikte oder ein akuter Leistungsabfall erkennbar wurden. Obwohl psychische Belastungen zum Arbeitsalltag gehörten, ist laut den Studienautoren das Bewusstsein bei Führungskräften, Personalverantwortlichen, Versicherungen und Behörden nach wie vor zu wenig ausgeprägt.

Die Unternehmen scheinen hierzulande für den Umgang mit psychisch Kranken noch zu wenig gerüstet und teilweise überfordert zu sein. Während es gut ausgebaute Massnahmen zu Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz gibt, fehlen solche bei psychischen Belastungen weitgehend. Besonders kleine Firmen haben nicht die notwendigen Ressourcen.

Die Studienautoren empfehlen unter anderem Leitlinien und Schulungen für Führungskräfte. Wichtig sei besonders auch, dass Mediziner und Versicherungen von den Unternehmen schneller und verstärkter einbezogen würden. Zudem sollten Betriebe einen Anreiz haben, dass erkrankte Mitarbeiter rasch wieder an den Arbeitsplatz zurückkehren.

Zwar ist derzeit viel von Stress am Arbeitsplatz die Rede, der zu psychischen Schwierigkeiten führen kann. Dieser Fokus ist aus Sicht der Studienautoren jedoch viel zu eng gefasst. Drei Viertel aller psychischen Störungen beginnen nämlich vor dem 25. Altersjahr und damit nicht selten bereits vor dem Eintritt ins Erwerbsleben. Arbeit habe einen mindestens so starken stabilisierenden Effekt auf die Psyche, weil unter anderem Identität, sozialer Kontakt und eine Tagesstruktur vermittelt würden, heisst es in der Studie.

Aus: *Neue Zürcher Zeitung*, 10.4.2017 (gekürzt)

Bafög-Studie: Förderung ist viel zu niedrig

Bafög soll für gleiche Bildungschancen sorgen. Doch nach einer neuen Datenanalyse reicht die staatliche Förderung für Hunderttausende Studenten hinten und vorne nicht.

Eine neue Studie mit umfangreichem Datenmaterial heizt die Debatte über Bildungsgerechtigkeit in Deutschland an. Demnach sind die vom Bund festgelegten Bafög-Bedarfssätze für Studierende trotz des Zuschlags vom vorigen Jahr noch viel zu niedrig. Auch die aufgestockte Bafög-Stütze decke die wirklichen Kosten nur in begrenztem Umfang und werde den unterschiedlichen Lebensverhältnissen der Studierenden nicht mehr gerecht, sagt der Präsident des Deutschen Studentenwerks (DSW), Dieter Timmermann. Er verlangt eine baldige und dann regelmäßige Anhebung. „Die Politik muss handeln“, sagt er. Sonst liefen viele Studenten in eine Armutsfalle.

Das Berliner Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) ermittelt in seiner Studie eine „Unterdeckung“ schon beim monatlichen Bafög-Grundbedarf. Zudem reichten die Wohnpauschalen kaum für die tatsächlichen Mietkosten aus. Eine Förderlücke sieht das FiBS auch bei den Zuschlägen für Kranken- und Pflegeversicherung, vor allem für über 30-jährige Studierende.

Zum Wintersemester 2016 hatte die Bundesregierung von CDU/CSU und SPD nach sechsjähriger Stagnation die Bedarfssätze um mindestens sieben Prozent erhöht. Die Höchstförderung für Studierende mit Wohnung stieg von monatlich 670 auf 735 Euro. Das DSW beziffert die studentischen Lebenshaltungskosten nun aber im Schnitt mit rund 1000 Euro – für Lernmittel, Ernährung, Gesundheit, Fahrtkosten, Miete und Mobiliar, Kleidung und Körperpflege, Freizeit und Kommunikation.

Laut Statistischem Bundesamt wurden 2015 etwa 611.000 Studierende unterstützt, der Durchschnitts-Förderbetrag lag bei 448 Euro. Vier von fünf der mit dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) unterstützten Studierenden sagen nach DSW-Angaben, ohne dieses Geld bliebe ihnen die Hochschule versperrt. Timmermann ist skeptisch, ob jetzt – wie von der schwarz-roten Regierung geplant – mehr junge Menschen gefördert werden. „Es deutet sich nicht an, dass die Zahl der Bafög-Empfänger wie erwartet um gut 100.000 steigt.“

Nach den Worten von DSW-Generalsekretär Achim Meyer auf der Heyde verzichten offenkundig viele junge Menschen auf ihren Bafög-Anspruch – oft aus Angst vor hoher Verschuldung. Denen könne er „zur Verbesserung ihrer finanziellen Situation nur dringend empfehlen, Bafög-Anträge zu stellen – zumal erst fünf Jahre nach Förderende maximal nur 10.000 Euro in kleinen Raten zurückzuzahlen sind“. FiBS-Direktor Dieter Dohmen geht davon aus, dass etwa vier von zehn Studierenden kein Bafög beantragen, obwohl es sich lohnen könnte.

Als stärkste Kostentreiber erweisen sich laut Studie Ausgaben für Miete und Gesundheit. Insbesondere im unteren Einkommensbereich zeige sich, „dass weder das Bafög noch die Eltern alleine in der Lage sind, eine ausreichende finanzielle Grundlage zur Finanzierung des Studiums zu ermöglichen. Erst wenn beide Quellen miteinander kombiniert oder durch Erwerbstätigkeit ergänzt werden, kommen die Studierenden auf ein einigermaßen akzeptables Niveau.“ Viele hätten sich folglich „mit Jobben eingerichtet“ – was dann oft die Studiendauer verlängert. Meyer auf der Heyde warnt vor „verdeckter Armut“ bei Studenten. Da die Mietpauschalen nur fürs Wohnheim reichten, sparten viele wohl am Essen.

DSW-Präsident Timmermann zielt mit dem Gerechtigkeitsthema Bafög nun auch auf den Bundestagswahlkampf. „Bildung spielt da eine größere Rolle als früher – die Chance müssen wir nutzen und Druck machen.“ Die seit 2015 allein für die Förderung zuständige Bundesregierung will ihren 21. Bafög-Bericht allerdings – mit reichlich Verspätung – erst in einigen Wochen präsentieren.

So ein Mist: Wie Staaten sich gegenseitig ihren Müll zuschieben

Abfall geht quer durch ganz Europa auf Reisen. Zum Beispiel von Rom ins niederösterreichische Dürnrohr. Wie Staaten einander wegen mangelnder Kapazitäten den Müll zuschieben.

Seit vergangenem Dezember treffen im Tullnerfeld regelmäßig Züge aus Italien ein. Deren Container sind bis zum Anschlag mit römischem Hausmüll gefüllt. In der Abfallverwertungsanlage des niederösterreichischen Energieversorgers EVN wird er verbrannt.

Ein Geschäft, das nicht unumstritten ist. Weder hierzulande noch in Italien. Tatsächlich erscheint es einigermaßen absurd, Müll Hunderte Kilometer weit zu transportieren. Doch der Deal zwischen den Römern und den Niederösterreichern ist kein Einzelfall. Tagtäglich werden Abfälle quer über den Kontinent kutschiert. Dafür sorgen mangelnde Verarbeitungsmöglichkeiten in vielen Ländern, ökonomischer Druck und spezielle Anforderungen bestimmter Industrien.

Wenn Müll in der Tonne landet, gibt es für ihn verschiedene Möglichkeiten. Bestenfalls wird er recycelt und wieder zum Gebrauchsgegenstand. Oder er wird durch Verbrennung in Strom oder Wärme verwandelt. Er kann auf einer Deponie oder in der Natur landen. Welches Schicksal dem Müll bevorsteht, hängt davon ab, wo in Europa er weggeworfen wird. In Österreich wird man ihn hoffentlich als wertvollen Rohstoff betrachten. In Griechenland oder Rumänien endet sein Weg mit ziemlicher Sicherheit auf der Müllkippe.

Grundsätzlich sieht die Abfallrahmenrichtlinie der EU das sogenannte Näheprinzip vor. Abfall soll in der am nächsten gelegenen Entsorgungsanlage beseitigt werden. Jedoch: Zwischen der italienischen Hauptstadt und Dürnrohr liegen rund 1200 Kilometer. Für die EVN ist der Deal ein gutes Geschäft: 140 Euro pro Tonne zahlt die Stadt Rom für die Entsorgung.

Tatsächlich ist das Müllaufkommen von Land zu Land höchst unterschiedlich. So verursacht etwa jeder Österreicher pro Jahr 560 Kilogramm. Europäische Spitzenreiter beim Müllproduzieren sind die Dänen. Sie kommen auf 789 Kilogramm. Am untersten Ende der Skala stehen die Rumänen mit 247 Kilogramm pro Jahr. 2015 sind in Österreich laut Bundesabfallwirtschaftsplan insgesamt rund 57 Millionen Tonnen Abfälle angefallen. Davon entfallen lediglich sieben Prozent auf Siedlungsabfälle. Mehr als die Hälfte machen Aushubmaterialien aus. Doch Österreich ist ebenso wie Deutschland grundsätzlich autark: Müll, der im Land produziert wird, kann im Großen und Ganzen auch im Inland entsorgt werden. Dafür sorgen österreichweit rund 2500 unterschiedliche Behandlungsanlagen. Dennoch werden Abfälle sowohl importiert, als auch exportiert. Österreich hat im Jahr 2015 insgesamt rund 3,4 Millionen Tonnen ausländischen Abfalls ins Land gebracht und 2,9 Millionen Tonnen ausgeführt.

Bei der Auswertung der Handydaten stehen die Behörden vor einem Problem

Weil zwei von drei Schutzsuchenden ohne Pass kommen, kann das BAMF künftig Smartphones durchsuchen. Doch die neue Regelung hat einen Schwachpunkt. Und geht der CDU nicht weit genug.

Lang ist die Liste der Bedenken, wenn Innenpolitiker Vorschläge machen, um die Identität der Schutzsuchenden besser zu überprüfen. Lange hat es sich hingezogen, bis die Bundesregierung sich dazu durchrang, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) den Zugriff auf die Mobiltelefone von Asylsuchenden mit ungeklärter Identität zu erlauben. Dabei hat das Problem eine riesige Dimension: Zwei von drei Schutzsuchenden kamen und kommen ohne brauchbare Papiere ins Land. Bei vielen der monatlich rund 13.000 einreisenden tatsächlich oder angeblich Asylsuchenden weiß der Staat also nicht, wen er vor sich hat. Und er ist vor allem auf die Erzählung des Zuwanderers angewiesen.

Nun hat der Bundestag zwar vor zehn Tagen die Handydurchsuchungen als Element des Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht – gegen die Stimmen von Linken, Grünen und zwei SPD-Abgeordneten – beschlossen, Anfang Juni soll es der Bundesrat absegnen. Doch wegen datenschutzrechtlicher Bedenken, vor allem aus dem Justizministerium, wird es dem BAMF nun schwerfallen, die Hunderttausenden möglichen Fälle überhaupt zu bearbeiten.

„Weil immer noch die Mehrzahl der Schutzsuchenden keine Identitätspapiere vorzeigt, müssen viel mehr Handys ausgewertet werden, als es die wenigen Angestellten mit Befähigung zum Richteramt leisten können“, sagt Hirte, der schon 2015 im Rechtsausschuss vorgeschlagen hatte, die technischen Möglichkeiten zur Identitätsfeststellung von Migranten ohne Pass auszuschöpfen. „Damit die Identitätsfeststellung über Handys ein Erfolg wird, müssen entweder mehr BAMF-Mitarbeiter unter Aufsicht eines Volljuristen auf die Geräte zugreifen dürfen, oder die Handyauswertung muss voll automatisiert ebenfalls unter Aufsicht eines Volljuristen stattfinden“, fordert Hirte.

Innenpolitiker der Union würden Daten aus den Mobiltelefonen der Schutzsuchenden gerne noch viel weitgehender nutzen, vor allem für die Rekonstruktion von Reiserouten. Mit Blick auf die sehr wenigen Rücküberstellungen von Asylsuchenden, die über andere europäische Länder einreisen und entgegen der Dublin-Regeln trotzdem meist in Deutschland bleiben dürfen, verweist CDU-Politiker Heveling auf einen weiteren Mangel: „Die Forderung, weitergehende Informationen wie etwa Fluchtrouten aus Handys auslesen zu können, ließ sich jetzt leider nicht im Gesetzgebungsverfahren durchsetzen.“

Der Innenausschussvorsitzende hält es aber für „geboten, auch für das weitergehende Auslesen eine gesetzliche Grundlage zu schaffen“. Schließlich gehe es ja um Personen, die einen Schutzstatus erhalten wollten. Heveling konstatiert: „Wenn wir wirklich verhindern wollen, dass wir Opfer von Täuschungen im Asylverfahren werden, dann brauchen wir auch diese erweiterte Möglichkeit.“

Aus: *Die Welt*, 29.05.2017 (gekürzt)

Neue Wohnformen für ältere Menschen gesucht

Immobilien­gesellschaften suchen nach Wegen zu seniorengerechten Angeboten. Dazu gehören auch Wohngemeinschaften für Demenzkranke.

Einige von ihnen haben beim Gemüseschneiden geholfen, andere haben den Tisch mit gedeckt. Jetzt ist es Viertel nach zwölf, und die neun Bewohner der Demenz-Wohngemeinschaft in Hagen-Hohenlimburg sitzen in der Wohnküche um zwei Tische herum und essen Hühnerfrikassee mit Reis. Zwei Frauen können dies nicht mehr allein tun, sie bekommen das Essen von Pflegeleiterin Simone Hué und einer weiteren Betreuerin angereicht. Zur Unterstützung steht auch noch Oliver parat. Der junge Mann absolviert hier ein freiwilliges soziales Jahr. Nach dem Essen ziehen sich die Kranken – acht Frauen und ein Mann – zur Mittagspause in ihre Zimmer zurück. Für den Nachmittag haben sich mehrere bei Oliver zum täglichen Spaziergang angemeldet.

Für rund eine halbe Million Euro ließ die Wohnungsgenossenschaft das Gründerzeithaus in Hagen-Hohenlimburg umgestalten: Aus mehreren kleinen Wohnungen entstanden neun WG-Zimmer mit Gemeinschaftsbädern, auch ein Aufzug wurde eingebaut. Als größte Herausforderung beschreibt Golling die behördlichen Auflagen, die eine vernetzte Brandmeldeanlage sowie Feuerschutztreppen vorsahen. Nadja Sauerborn, deren 75 Jahre alte Mutter seit mehreren Monaten in der WG lebt, schätzt vor allem die familiäre Atmosphäre der Einrichtung sowie das Mitspracherecht der Bewohner etwa in Bezug auf den Speiseplan und den Tagesablauf. Auch die Angehörigen können Einfluss ausüben. Einmal im Monat treffen sie sich, um beispielsweise über Anschaffungen für Haus oder Garten sowie Ausflüge zu sprechen.

Die WG ist eingebettet in das Projekt „Lebenslanges Wohnen in meinem Quartier“, das der Hohenlimburger Bauverein im Jahr 2015 gestartet hat. Gefördert wurde es vom Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen im Rahmen des Programms zur Weiterentwicklung neuer Wohnformen für pflegebedürftige Menschen. In den vergangenen Jahren hätten sich neue Wohnkonzepte zwischen dem Zuhause und der vollstationären Versorgung gebildet, über die bislang aber kaum wissenschaftlich fundierte Kenntnisse vorlägen, sagt Verbandsvorstand Gernot Kiefer. Mit Hilfe des 38 Projekte umfassenden Förderprogramms soll ermittelt werden, welche Modelle Erfolg versprechen.

Das Hagener Programm soll es älteren Mietern ermöglichen, trotz gesundheitlicher Einschränkungen möglichst lange in ihrer Wohnung und ihrem Quartier zu bleiben. Und Wohngemeinschaften gibt es mittlerweile mehrere Hundert in Deutschland. Diese Wohnform ist eine der Maßnahmen, mit denen die Wohnungsbranche auf die steigende Zahl älterer Menschen reagiert. „Das Thema demographischer Wandel ist in der Wohnungswirtschaft ganz deutlich angekommen“, stellt Annamaria Deiters-Schwedt vom Beratungs- und Forschungsinstitut Empirica fest. Vor einem Mangel an Seniorenwohnungen warnte kürzlich auch der Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen. Das Angebot müsse dringend ausgeweitet werden, da die Generation 65 plus bis zum Jahr 2030 rund 3 Millionen Häuser und Wohnungen mehr bewohnen werde als derzeit. Gefragt ist dabei vor allem ein hohes Maß an Selbständigkeit.

Zu viel Smartphone macht Kinder krank

Unkonzentriert, hyperaktiv, sprachverzögert: Die übermäßige Nutzung digitaler Medien schadet Kindern, belegt eine Studie. Und fordert von den Eltern mehr Fürsorge.

Die intensive Nutzung digitaler Medien kann bei Kindern zu Entwicklungsstörungen führen. Dies ist das Ergebnis der Blickr-Medien-Studie 2017, die die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler (CSU), vorgestellt hat. Vollständig veröffentlicht wird die Studie allerdings erst in einigen Monaten. Die Risiken reichen demnach von Fütter- und Einschlafstörungen bei Babys über Sprachentwicklungsstörungen bei Kleinkindern bis zu Konzentrationsstörungen im Grundschulalter. Je höher der Medienkonsum ist, desto ausgeprägter treten laut Kinder- und Jugendärzten die genannten Auffälligkeiten auf.

Mortler betonte, die Untersuchung sei "ein absolutes Novum". Sie zeige, "welche gesundheitlichen Folgen Kinder erleiden können, wenn sie im digitalen Kosmos in der Entwicklung eigener Medienkompetenz allein gelassen werden." Es sei notwendig, die gesundheitlichen Risiken der Digitalisierung ernst zu nehmen. Eltern brauchten beim Thema Mediennutzung Orientierung.

"Kleinkinder brauchen kein Smartphone. Sie müssen erst einmal lernen, mit beiden Beinen sicher im realen Leben zu stehen", sagte Mortler.

Für die vom Bundesgesundheitsministerium geförderte Studie waren 5.573 Eltern und deren Kinder zum Umgang mit digitalen Medien befragt worden. Außerdem wurden die Ergebnisse der kinderärztlichen Früherkennungsuntersuchungen herangezogen.

Die Forscher kamen zu dem Ergebnis, dass es bei Säuglingen zu Fütter- und Einschlafstörungen kommen kann, wenn die Eltern während der Betreuung parallel digitale Medien nutzen. Hier lasse sich ein signifikanter Zusammenhang feststellen. Schädliche Folgen ließen sich auch bei Kita-Kindern nachweisen. 70 Prozent von ihnen spielten mehr als eine halbe Stunde täglich mit dem Smartphone der Eltern. Dies könne zu motorischer Hyperaktivität, Konzentrationsstörungen und Sprachentwicklungsstörungen führen. Die Kinder seien unruhig und leicht ablenkbar.

Befragt wurden auch Jugendliche. Ein nennenswerter Teil von ihnen gab an, Probleme zu haben, die eigene Internetnutzung selbstbestimmt zu kontrollieren. Nach Angaben von Mortler steigen die Zahlen internetabhängiger Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland rasant. Experten gingen von 600.000 Süchtigen und 2,5 Millionen problematischer Nutzer aus.

Dass der richtige Umgang mit digitalen Medien frühzeitig kontrolliert und geübt werden müsse, ist für Rainer Riedel, Studienleiter und Direktor des Instituts für Medizinökonomie der Fachhochschule in Köln, deswegen das wichtigste Fazit der Untersuchung. Kinder und Jugendliche müssten lernen, die Vorteile einer inzwischen globalen digitalen Welt zu nutzen ohne dabei auf die Erlebnisse mit Freunden im Alltag zu verzichten.

Die Würzburger Medienpsychologin Astrid Carolus relativierte dagegen die Ergebnisse der Untersuchung. In der Studie würden lediglich statistisch signifikante Zusammenhänge zwischen der Nutzung digitaler Medien und bestimmten gesundheitlichen Folgen nachgewiesen, nicht aber eine klare Beziehung zwischen Ursache und Wirkung.

Wichtiger als Smartphoneverbote sei es, Kindern den richtigen Umgang mit den Geräten beizubringen.

Motiviert – aber schlecht vorbereitet

Weniger Bildung, weniger Berufserfahrung: Weibliche Flüchtlinge sind schwer auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu vermitteln. Dabei gelten sie als sehr motiviert.

Ging es zuletzt um Flüchtlinge und Integration, bestimmten meist die zahlreichen jungen Männer unter ihnen das Thema. Es sind aber auch viele Mädchen und Frauen nach Deutschland gekommen, in den Jahren 2015 und 2016 stellten rund 384.000 weibliche Geflüchtete einen Asylerstantrag. Damit ging jeder dritte Antrag auf Mädchen und Frauen zurück. Gleichwohl sind sie in der öffentlichen Debatte wenig präsent.

Doch sollte gerade auf sie ein größerer Fokus gelegt werden, denn geflüchtete Frauen kommen in der Regel mit weniger Bildung und Berufserfahrung nach Deutschland als die geflüchteten Männer. Darin stimmen verschiedene neuere Untersuchungen zu unterschiedlichen Gruppen volljähriger Geflüchteter überein. Das Forschungszentrum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) beziffert den Anteil der Asylerstantragstellerinnen des ersten Halbjahres 2016, die keine Schule besucht haben, auf 16 Prozent. Bei den Asylerstantragstellern sind es dagegen sieben Prozent. Umgekehrt haben 35 Prozent der Frauen und 40 Prozent der Männer eine höhere Bildungseinrichtung besucht, also eine Hochschule oder ein Gymnasium.

Im Durchschnitt bringen geflüchtete Frauen zudem weniger Berufserfahrung aus ihren Herkunftsländern mit als geflüchtete Männer. Einer repräsentativen Befragung von Geflüchteten zufolge, die 2016 vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), dem Bamf und dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) durchgeführt wurde, kommen 81 Prozent der Männer bereits mit Berufserfahrung nach Deutschland. Bei den Frauen gilt dies nur für 50 Prozent. Aber auch hier wird das Bild vielfältiger, wenn man genauer hinsieht: Bei den Asylerstantragstellenden des Jahres 2015 mit Hochschulbesuch unterscheidet sich die Erwerbstätigenquote im Herkunftsland zwischen den Geschlechtern kaum, so das Bamf.

Deutschland setzt bei der gesellschaftlichen Integration von Geflüchteten stark auf die Integration in den Arbeitsmarkt. Geflüchtete Frauen mit ihren im Durchschnitt ungünstigeren Bildungsvoraussetzungen und geringeren Berufserfahrungen sind da im Nachteil. So sind der Bamf-Flüchtlingsstudie 2014 zufolge in Deutschland zwar 50 Prozent der männlichen, aber nur 12 Prozent der weiblichen Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlinge erwerbstätig. Zudem ist Teilzeit oder geringfügige Beschäftigung bei den Frauen deutlich häufiger als bei den Männern.

Laut Bamf-Flüchtlingsstudie 2014 nehmen weibliche Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge seltener an Sprachkursen in Deutsch teil und nutzen häufiger als Männer innerhalb wie außerhalb des eigenen Haushalts die Muttersprache. Der repräsentativen Befragung von Geflüchteten aus dem Jahr 2016 zufolge nehmen Frauen ferner seltener an Integrationskursen teil.

Gleichwohl berichten auch die Frauen von einer hohen Motivation, eine Arbeit anzunehmen: 85 Prozent im Vergleich zu 97 Prozent der Männer geben an, "sicher" oder "wahrscheinlich" eine Erwerbsarbeit in Deutschland ausüben zu wollen.

Damit geflüchtete Frauen dieser Motivation nachkommen und dem deutschen Arbeitsmarkt möglichst als Fachkräfte zur Verfügung stehen können, wäre es sinnvoll, sie besonders zu fördern. Dafür brauchen wir genauere Kenntnisse der Barrieren, die geflüchtete Frauen in Deutschland beim Bildungserwerb und bei der Teilhabe am Arbeitsmarkt überwinden müssen und wie sie dabei am besten unterstützt werden können. All dies setzt aber voraus, dass die besondere Situation geflüchteter Mädchen und Frauen in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit erst mal wahrgenommen – und damit breiter diskutiert wird.

Ja, Männer sind an allem schuld

Frédéric Schwilden

01.04.2017

FOCUS Magazin | Nr. 14 (2017)

ESSAY

Ich kann mich an keinen einzigen Tag erinnern, an dem ich stolz war, ein Mann zu sein.

Aber ich kann ganz genau sagen, wann das angefangen hat, dass ich mich dafür schäme. 2008 war ich Praktikant bei einem Monatsmagazin, und beim Mittagessen meinte einer der Redakteure zu mir: „Geile Kiste, Freddy, was?“, und er zeigte auf den Hintern der Kellnerin. Die anwesenden Kollegen, inklusive des Chefredakteurs, nickten zustimmend und kamen überein, dass die Kellnerin wirklich eine geile Kiste habe. Nur die Narben an den Armen vom Ritzen gefielen den meisten nicht. Sie könne ja ein langes Oberteil tragen, hat dann noch jemand gesagt.

Sich über dieses Männerverhalten aufzuregen ist sinnlos. Das ist, als würde man sagen: „Ich hasse Wetter.“ Einen faktischen Zustand zu hassen, der nicht änderbar ist, ist dumm. Inzwischen wissen wir aber, das Wetter kann man ändern. Eine Methode dafür heißt Wolkenimpfung. Dabei wird Silberjodit in Wolken geschossen, um sie zum Abregnen zu bringen. Wie man Männer zum Abregnen bringt, ist nicht bekannt.

Die großen Konflikte der Menschheit sind Männerprobleme. Konflikte, die nur bestehen, weil Männer Probleme haben - mit anderen Männern, mit anderen Frauen, aber vor allen Dingen mit sich selbst. Für den Mann ist die Erde eine Scheibe, die sich immer schneller dreht. Und er weiß gar nicht, warum. Und mit jeder Umdrehung mehr wächst seine Angst, von dieser Scheibe herunter- und aus der Welt zu fallen. Aus einer Angst werden mehrere Ängste und daraus die Ursachen aller Konflikte in der modernen Welt. Und der Mann versucht, sich festzuhalten.

Der kleine Mann versucht, sich festzuhalten, indem er rechts wählt, indem er Frauen in Berlin Batteriesäure ins Gesicht spritzt, indem er sich aus Dinslaken dem IS anschließt. Der große Mann, indem er den Vorwurf erhebt, er würde abgehört (Trump), indem er CSU-Wahlwerbung auf Russisch schaltet (Horst Seehofer) [...]

Die großen Männer haben die gleichen Ängste wie die kleinen, mit dem Vorteil, dass die Ängste der kleinen die Macht der großen stärkt. Jeder abgehängte Ostdeutsche, jeder wütende Türke ist ein Prozentpunkt Energie mehr für Populisten, und das sind mehrheitlich Männer. Scheuer, Wilders, Putin, Erdogan, Trump, Kim Jong-un. Man kann das von heute bis in die Vergangenheit durchdeklinieren, es sind immer Männer, die das größte Unheil bringen.

Gerade wurden in Berlin die Nominierungen für den Preis der Nationalgalerie bekannt gegeben. Das ist einer der wichtigsten Kunstpreise überhaupt. Nominiert sind dieses Jahr vier Frauen, alle unter 40. Kein einziger Mann. Georg Baselitz, 79, einer der teuersten derzeit lebenden Künstler, hat vor vier Jahren in einem Gespräch mit dem „Spiegel“ gesagt: „Frauen malen nicht so gut.“ Wahrscheinlich wusste er damals schon, dass die Zeit der Malerfürsten und Installations-Impresarios irgendwann vorbei ist.

Baselitz hat seine Schäfchen im Trockenen. Aber für andere männliche Künstler wird es sehr, sehr eng. Einer schrieb in einem Kommentar zur Bekanntgabe der Nominierten der Nationalgalerie: „Wir brauchen bald eine Männerquote in der Kunst.“

Die Zukunft, nicht nur in der Kunst, sondern die gesamte Zukunft, gehört der Frau. Die Wahl Angela Merkels war das erste Signal. Männer wie Joachim Saucr werden nur noch First Gentleman sein und das frühere Damenprogramm bestreiten. Selbst Krieg können Frauen besser. Unsere Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat nicht nur ein eigenes Bataillon gezeugt, sie schießt auch schärfer als alle ihre männlichen Vorgänger, die ja bestenfalls für einen Nachmittag im Swimmingpool gut waren.

Auch wenn es gerade diese Schulz-Euphorie gibt, auch die Politik wird weiblich. Der 100-Prozent-Martin ist der letzte Versuch des deutschen Mannes, die Politik für sich zu retten. Der SPD-Wähler, der natürlich auch typischerweise männlich ist - Parteien sind Männerverbände: 68 Prozent der SPD-Mitglieder sind Männer, bei der CSU sind es 80, bei der AfD 85 -, geht all in. Er setzt alles auf seinesgleichen, er setzt seine letzte Hoffnung in Martin Schulz, Sternzeichen Schütze, Realschulabschluss, 61 Jahre alt, gelernter Buchhändler.

Verstehen Sie mich nicht falsch, ich finde Martin Schulz sympathisch, ja sogar viel sympathischer als Sigmar Gabriel, aber wenn dieser Mann die Rettung der SPD und die Rettung Deutschlands sein soll, dann sind weder die SPD noch Deutschland zu retten. Deutschland muss Frau werden, um nicht auseinanderzufallen.

Kürzlich habe ich noch einmal den Roman „Unterwerfung“ von Michel Houellebecq gelesen. [...] Houellebecqs Roman erzählt nicht von der Islamisierung des Abendlands, er erzählt vom letzten Versuch des Mannes, Deutungshoheit über seine Welt zu haben, die es bald nicht mehr gibt. Houellebecqs Roman erzählt von der Niederlage des Mannes. Eine Niederlage, die sowohl der radikale Islam als auch die Neue Rechte fürchten. Ich habe keine Angst vor dem Untergang des Mannes. Ich bin bereit. Für die Zeit der Frauen. Für eine bessere Welt.

Mehr als ein neuer Präsident

Florian Gathmann, Severin Weiland
Der Spiegel
13.02.2017

Jubelnd machten SPD-Leute ihren Kandidaten zum Bundespräsidenten. CDU und CSU fiel das nicht so leicht: Die Wahl Steinmeiers nährt die SPD-Euphorie im Land. Steht die Ära Merkel vor dem Ende?

Es ist exakt 14.17 Uhr am Sonntagnachmittag, als Bundespräsident Joachim Gauck unter der Reichstagskuppel zu einer Art Sprint ansetzt, wie man es in diesem hohen Haus und dazu von einem 77-Jährigen wohl selten erlebt hat.

Kaum hat Bundestagspräsident Norbert Lammert die Stimmenzahl für Frank-Walter Steinmeier verlesen, da schießt Gauck aus der linken vorderen Ecke des Plenarsaals heran, um seinem gerade gewählten Nachfolger zu gratulieren. Oben auf der Ehrentribüne umarmen sich Noch-First-Lady Daniela Schadt und Steinmeiers Frau Elke Büdenbender.

"Ich nehme die Wahl an", sagt Steinmeier. Er hat es geschafft: Steinmeier wird das zwölfte Staatsoberhaupt der Bundesrepublik sein, wenn die Amtszeit von Gauck am 18. März endet. Der bisherige Außenminister ist damit nach Gustav Heinemann und Johannes Rau erst der dritte Sozialdemokrat, den die Bundesversammlung ins höchste Amt des Staates wählt.

Kein Wunder, dass die Wähler der SPD deshalb völlig aus dem Häuschen sind - auch wenn Steinmeier im Amt seine Mitgliedschaft ruhen lassen wird, um ein überparteilicher Präsident zu sein. Dem scheidenden Parteichef Sigmar Gabriel war es gelungen, die Personalie Steinmeier in der Großen Koalition aus der Position des Juniorpartners durchzusetzen.

Schwierige Zeiten für einen Bundespräsidenten

Steinmeier kommt in schwierigen Zeiten ins Amt, darüber spricht er auch in seiner anschließenden kurzen Ansprache. Dazu kommt, dass Steinmeier mit Gauck einem starken Präsidenten folgt, den er dafür ausdrücklich lobt. Aber das neue Staatsoberhaupt glaubt an Deutschland, an sein Fundament, seine Werte. Steinmeier endet mit den Worten: "Liebe Landsleute, lasst uns mutig sein, dann ist mir um die Zukunft nicht bange."

Kanzlerin Angela Merkel ist nach Gauck eine der ersten, die gratuliert, sie bringt sogar einen großen Blumenstrauß mit. So gehört es sich, außerdem schätzt die CDU-Vorsitzende Steinmeier, sie hätte ihn gerne im Kabinett behalten. Aber was, wenn an diesem Nachmittag eben nicht nur ein neuer Präsident gewählt worden ist? Dann hätte Merkel es nicht nur verpasst, einen Sozialdemokraten für Bellevue zu verhindern - sondern den politischen Wechsel im Lande beschleunigt.

So fühlt es sich jedenfalls aus Sicht vieler Sozialdemokraten an - und auch für weniger optimistische Unionisten. Seitdem Martin Schulz als SPD-Kanzlerkandidat und künftiger Parteichef nominiert wurde, zeigen die Umfragen steil nach oben, plötzlich scheint bei der Bundestagswahl sogar Platz eins vor der Union wieder möglich. Am Samstagabend, beim SPD-Empfang zur Bundespräsidentenwahl, hätte man beinahe das Gefühl haben können,

Steinmeier nimmt auf dem Weg nach Bellevue Schulz gleich mit ins Kanzleramt, so ausgelassen war die Stimmung.

Entsprechend gedrückt ist die Stimmung in der Union. Und das merkt man auch in der Bundesversammlung. Dass sie für Steinmeier votieren sollen, war ohnehin schon ein Ärgernis für viele - nun tut es richtig weh. Am Ende fehlen ihm Dutzende Stimmen aus dem schwarz-roten Lager, gleichzeitig gibt es über 100 Enthaltungen, den Kandidaten der AfD wählen zudem sieben Wahlleute mehr, als die Partei Vertreter in der Bundesversammlung stellt.

Der sozialdemokratische Hoffnungsträger Schulz sitzt in der Bundesversammlung bereits in der ersten Reihe der SPD-Wahlleute, mit Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer kommt er außerdem zu einem Gespräch in einem separaten Raum zusammen. In der Großen Koalition ist Schulz schon auf Augenhöhe mit den Unions-Spitzen. Wie ernst man ihn nimmt, dürfte auch daran zu erkennen sein, wie heftig Schulz seit Tagen aus den Reihen von CDU und CSU angegriffen wird. [...]

CSU-Chef Horst Seehofer hat Steinmeier in der Union mit durchgesetzt, ihm bleibt also gar nichts anderes übrig, als zu dieser Entscheidung zu stehen. Er sei "sehr zufrieden", die Union habe "Wort gehalten", sagt Seehofer nach der Wahl. Jetzt müsse man nach vorne schauen, er spricht von "weiteren Kapiteln": Da seien die Landtagswahlen im Frühjahr, im Saarland, in Schleswig-Holstein und im Mai in Nordrhein-Westfalen. "Und danach gibt es ein weiteres Kapitel", sagt Seehofer, blickt in die Runde und macht eine Kunstpause. "Nämlich", sagt der CSU-Chef, "dass die Kanzlerin Kanzlerin bleibt."

Was soll er auch sonst sagen.

Schulz ist Merkel minus Raute¹ plus Furor

Kommentar von Heribert Prantl
Süddeutsche Zeitung
19.03.2017

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat die Nominierung eines Kanzlerkandidaten einen solchen Umfrage Sturm ausgelöst wie die Nominierung von Martin Schulz. Noch nie seit 1949 hat ein Bundestagswahlkampf der SPD so unerwartet furios begonnen. Und noch nie seit den Zeiten von Willy Brandt hat die sozialdemokratische Partei einem Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten so dankbar gehuldigt. Das alles ist sehr bemerkenswert, aber noch keine hinreichende Bedingung für einen Wahlsieg der SPD. Ausschlaggebend ist ja nicht, wie ein Wahlkampf beginnt, sondern wie er endet. Mit der frenetischen Inauguration von Martin Schulz auf dem SPD-Parteitag in Berlin hat der Wahlkampf 2017 soeben erst offiziell begonnen.

Es wird ein erregendes Duell. Es konkurriert eine moderierende, manchmal fast parteilos wirkende Weltstaatsfrau mit einem agierenden und agitierenden Sozialdemokraten. Es konkurriert Solidität mit Solidität - aber in ganz verschiedenen Charakteren, Temperamenten, Eigenarten. Es konkurriert die demonstrative Leidenschaftlichkeit des Martin Schulz mit der demonstrativen Leidenschaftslosigkeit der Angela Merkel. Es konkurriert die Frau, die jeder kennt, mit dem Mann, den viele kennenlernen wollen. Es konkurriert die Frau, die vielen als verbraucht galt, mit dem Mann, der vielen als frisch gilt. Aber in bewegten Zeiten ändern sich solche Zuschreibungen schnell.

Vorbei sind jedenfalls die Wahlkämpfe, bei denen man sich als Journalist damit behelfen musste, das Lob der Langeweile zu singen. Der Steinmeier-gegen-Merkel-Wahlkampf 2009 und der Steinbrück-gegen-Merkel-Wahlkampf 2013 gehörten dazu. Der Schulz-gegen-Merkel-Wahlkampf von 2017 schließt nun an [an] die bewegten Wahlkämpfe, die von Typen und Gegentypen lebten: Willy Brandt war Gegenbild zu Adenauer, Kiesinger und Barzel. Helmut Schmidt war das Gegenbild zu Strauß und Kohl. Gerhard Schröder war so ganz anders als Stoiber; und der Kontrast zwischen Schröder und Merkel war so stark, dass er programmatische Übereinstimmungen verdeckte.

Merkel steht an der Spitze einer entzweiten Union

Seit dem zweiten Schröder-Wahlkampf 2002 war die SPD zerstritten und die Union geschlossen. Diesmal ist es umgekehrt. Merkel steht an der Spitze einer entzweiten Union, Schulz an der Spitze einer enthusiastischen SPD. Eine SPD, die ihrem Kandidaten den roten Teppich jubelnd ausgerollt hat, konkurriert mit einer Union, in der jedenfalls die CSU ihrer Kanzlerkandidatin den schwarzen Teppich am liebsten unter den Füßen weggezogen hätte. Nur wer begeistert ist, heißt es, kann andere begeistern. Von Begeisterung in der Union ist nichts zu spüren. Die Stimmung soeben auf dem SPD-Parteitag war feurig, die Stimmung auf den CDU- und CSU-Parteitagen war wässrig. Ist damit alles klar? In einer welt- und europapolitisch so unklaren Situation ist gar nichts klar, weil Stimmungen sich noch rascher ändern als sonst. Politik erinnert derzeit an den Schmetterlingseffekt der Chaostheorie: Kleinigkeiten können gewaltige Folgen haben.

¹ Als Merkel-Raute wird eine bekannte Handgeste der deutschen Bundeskanzlerin bezeichnet.

Angela Merkel hat mit ihrem Auftritt bei Donald Trump demonstriert, was in ihr steckt. Es zeigte sich, wie sich vermeintliche Nachteile in Vorteile verwandeln können: In einer heiklen weltpolitischen Lage, geprägt von autoritärem Gehabe, wird Merkels emotionale Sparsamkeit zur überlegenen Souveränität. Die Langeweile, die man ihr lange attestiert hat, avanciert womöglich zur Coolness. Merkel stand neben dem unsteten US-Präsidenten wie die Verkörperung der Stetigkeit. Im Wahlkampf 2017 wird es darum gehen, wie stark solche Bilder sind, ob sie den grassierenden Überdross an Merkel überlagern; ob sie stärker sind als die Frische, die Schulz verbreitet. Niemand weiß, wie lang der Lazarus-Effekt bei den Sozialdemokraten anhält; eine Wiederauferstehung ist ja keine Garantie dafür, dass man nicht wieder hinfällt.

Die bisherige Begeisterung für Martin Schulz hat damit zu tun, dass er die Antwort zu sein scheint auf ein allgemeines Unbehagen: Erstens das Unbehagen über den wachsenden Rechtsextremismus, als dessen Ursache soziale Ungleichheit auch bei Konservativen anerkannt ist. Zweitens ein Verdruss über die sozialen und ökonomischen Verhältnisse und die Politik der schwarzen Null², gleichzeitig aber auch eine Angst, dass die radikale Abkehr von dieser Politik die wirtschaftliche Situation verschlechtern könnte. Dies zusammen ergibt den Schulz-Effekt: Schulz suggeriert Läuterung und Abkehr vom "Weiter so!", verspricht aber mit seiner politischen Biografie zugleich das Gegenteil - dass sich also nichts groß ändern wird. Schulz ist Merkel minus Raute plus Furor. Reicht das für einen Wahlsieg?

² Eine Politik der schwarzen Null ist eine Politik für einen ausgeglichenen öffentlichen Haushalt, das heißt, dass die Ausgaben die Einnahmen nicht übersteigen.

Aufruf zur Polarisierung

Christen gegen Muslime, Westen gegen Orient: Nach dem mutmaßlichen Anschlag auf dem Berliner Weihnachtsmarkt beginnt wieder die Zeit der einfachen Antworten.

Ein Kommentar von Andrea Backhaus
20. Dezember 2016
<http://www.zeit.de>

Donald Trump war erwartungsgemäß der Erste, der die Befürchtungen vor kurzfristigen Reaktionen auf den Vorfall in Berlin bestätigte. In seiner ersten Mitteilung nach dem mutmaßlichen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche stellte der gewählte US-Präsident die Verbindung zum islamistischen Terrorismus her. Freilich in gewohnt undifferenzierter Weise. Der "Islamische Staat" und andere islamistische Terroristen würden fortwährend Christen als Teil ihres globalen Dschihad abschlachten, polterte Trump. Diese Terroristen müssten vom Angesicht der Erde getilgt werden, die "zivilisierte Welt" müsse umdenken.

Damit nahm Trump bereits das voraus, was man nach einem Terroranschlag in irritierender Routine ohnehin für die nächsten Stunden, Tage, Wochen erwartet: den offenen Aufruf zur Polarisierung.

Man verspürt nämlich mittlerweile bei Vorfällen wie diesen zwei direkt aufeinanderfolgende Impulse. Zunächst ist da der Schock, die Fassungslosigkeit ob eines solch brutalen Verbrechens. Bitte nicht, denkt man, bitte nicht schon wieder. Auch deshalb, weil sofort die zweite Reaktion einsetzt: die Furcht vor dem, was jetzt kommt. Die Sorge davor, dass solch ein Anschlag einmal mehr die Gesellschaft entzweien wird. Dass die Debatten um Themen wie Asylpolitik und Abschiebung nun noch schärfer, die Hetze gegen Flüchtlinge noch aggressiver sein wird.

Denn auch wenn zum jetzigen Zeitpunkt die Hintergründe der Tat noch nicht eindeutig geklärt sind, genaue Informationen zu Motiven und Tathergang fehlen, scheint eines bereits klar: dass der Lkw-Fahrer, der am Montagabend mindestens zwölf Menschen getötet und rund 50 Menschen zum Teil schwer verletzt hat, als Flüchtling nach Deutschland eingereist war, aus Pakistan oder Afghanistan kommend. Also kurzum: dass er sehr wahrscheinlich ein Muslim ist.

Es ist schon jetzt abschbar, dass vor allem dieser Umstand in der öffentlichen Wahrnehmung haften bleiben wird. Er wird der Kern sein, um den viele der kommenden Debatten kreisen werden. Und das ist äußerst beunruhigend.

Schon zuvor benutzten die diversen rechten Bewegungen Europas, von der deutschen AfD über den französischen Front National bis zu einigen Anhängern des Brexit, die islamistischen Anschläge in Paris, Brüssel oder Nizza als Steilvorlage für ihre ausländerfeindlichen Slogans. Da wurde von der "Gefährdung des Abendlandes" durch das "Morgenland" gesprochen, ein "Kampf der Zivilisationen" heraufbeschworen und der so freiheitlichen westlichen Welt die vermeintlich rückständige arabische Welt gegenübergestellt.

Doch nicht nur Rechtspopulisten bedienen sich seither dieser gefährlich vereinfachenden Denkschemata, die in einer zunehmend auseinanderdriftenden Gesellschaft noch mehr

Ausschluss fördern. Auch Politiker etablierter Parteien führen ihre Debatten um Zuwanderung oder Integration mit wachsender Schärfe. Das zeigt sich etwa dann, wenn sie monatelang über ein Burka-Verbot diskutieren, obwohl es gerade eine Handvoll Musliminnen in Europa gibt, die überhaupt eine Burka tragen. Oder wenn Staatsführer offiziell zu einem "Krieg gegen den Terror" aufrufen und damit eine Kampfheterik bedienen, die die Seiten verhärtet und den Generalverdacht gegen Muslime alltäglich macht.

Islamophobes Gedankengut so präsent wie selten zuvor

Wenn es nun einen Anschlag in Deutschland gibt, in jenem Land also, das nicht nur Flüchtlinge so willkommen heißen hat wie sonst kein europäischer Nachbar, sondern bislang auch von großen islamistischen Anschlägen verschont geblieben ist, dann ist die Furcht vor dem, was das mit der Gesellschaft macht, ungleich größer.

Seit Monaten brennen in Deutschland regelmäßig Flüchtlingsheime, werden junge Syrer, Iraker oder Afghanen auf offener Straße zusammengeschlagen, fliegen Steine auf Unterkünfte und stellen sich Pegida- und AfD-Anhänger auf Marktplätze und grölen: Ausländer raus.

Die lautstarken Bekundungen islamophoben Gedankenguts sind so präsent wie selten zuvor. Dinge, die in den vergangenen Jahren nicht einmal denkbar gewesen wären, sind zuletzt sagbar geworden. Etwa, dass man auf Flüchtlinge schießen könne, um sie davon abzuhalten, über die Grenze nach Deutschland zu kommen. Oder dass der deutsche Volkskörper durch die vielen Migranten in Gefahr sei. Die Räume des Tolerierbaren sind immer weiter ausgedehnt worden. Das zeigt sich auch bei deutlich subtiler vorgetragenen Vorurteilen. Bei dem Satz "Ich habe ja nichts gegen Muslime, aber ..." zucken heute viele nicht einmal mehr zusammen. Immerhin, folgt dann meist die Argumentation, würden solche Terrorakte ja von Muslimen verübt. Dass der Islam auch und vor allem eine friedliche Religion ist, wird dann schnell vergessen. [...]

Donald Trump argumentiert so simpel, um sich Gehör zu verschaffen, um sich als jener Heilsverkünder zu inszenieren, der die christliche Welt vor ihrem vermeintlichen Untergang bewahrt. Die Muslime skizziert er als Bedrohung und Sündenböcke zugleich. Viele werden ihm darin folgen, jetzt mehr und lauter denn je. Wir sollten das nicht zulassen.

Zapfenstreich für Bundespräsident Gauck : Abschied mit Tränchen

Von Florian Gathmann

Kalt und windig ist es im Park von Bellevue, als die Fackelträger aufziehen. Der Große Zapfenstreich, wie es korrekt heißt, ist die höchste militärische Abschiedszeremonie für deutsche Spitzenpolitiker. Nicht jeder kann mit diesem Ritual etwas anfangen, aber Gauck wollte auf traditionelle Weise Adieu sagen. Nun steht er auf einem roten Podest, links neben ihm Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen mit dickem Schal, rechts Generalinspekteur Volker Wieker.

Es ist eine schön-schaurige Kulisse, kerzengerade hört Gauck dem Volkslied "Freiheit, die ich meine" zu, das er ebenso ausgesucht hat wie die folgenden zwei Stücke. Als nächstes spielen die Bundeswehrmusiker den Schlager "Über sieben Brücken musst du gehen" von der DDR-Band "Karat". Und da schimmert es plötzlich in seinen Augen, er lächelt - und muss ein Tränchen verdrücken. Es folgt ein Choral, danach gibt es noch einen Empfang für die geladenen Gäste, erst einen Tag später um null Uhr endet seine Amtszeit.

Aber: Das war es. Der Moment, in dem die Präsidentschaft vorbei ist.

Es ist ja ein langer Weg, den Gauck zurückgelegt hat. Und irgendwie auch eine schöne Pointe der deutsch-deutschen Geschichte, dass mit ihm nun ausgerechnet ein langjähriger DDR-Bürger das Amt des Bundespräsidenten repariert hat. Denn als der frühere Pastor und langjährige Chef der Stasiunterlagenbehörde im März 2012 zum elften Staatsoberhaupt der Republik gewählt wurde, war es schwer ramponiert. Nach dem Abgang von Vorgänger Christian Wulff, der wiederum dem zurückgetretenen Horst Köhler nachgefolgt war, wurde sogar ernsthaft darüber debattiert, ob die Funktion des Bundespräsidenten nicht ganz und gar verzichtbar sei.

Darüber spricht fünf Jahre später niemand mehr. Und das alleine kann das scheidende Staatsoberhaupt Joachim Gauck als großen Verdienst mitnehmen.

Natürlich werden die ganz Linken und die ganz Rechten froh sein, dass sie diesen Bundespräsidenten endlich los sind. Mit den Extremisten auf beiden Seiten des politischen Spektrums konnte schon der Bürger Gauck nichts anfangen, was er sie auch als Präsident hat regelmäßig wissen lassen.

Wobei: Ein bürgerlicher Langweiler ist er nicht gewesen. Das zeigte sich schon an jenem Sonntag vor gut fünf Jahren, als ihn die Regierungs- und CDU-Chefin Angela Merkel und die Spitzen von CSU, Grünen und FDP ins Kanzleramt riefen, weil sie

sich auf ihn als gemeinsamen Bundespräsidentenkandidaten verständigt hatten. Gauck kam, gerade gelandet, direkt vom Flughafen. "Ich bin noch nicht einmal gewaschen", sagte er damals zum Amüsement seiner Unterstützer und der Öffentlichkeit.

Ein bisschen unkonventionell ist er auch in Schloss Bellevue geblieben, wobei das Amt ihn schon rasch und mehr **eingehegt** hat, als das dem Bürger Gauck vorher bewusst gewesen war. Er hat das akzeptiert. Vielleicht auch, wegen seines fortgeschrittenen Alters. "Wäre ich erst etwa 50 gewesen - wer weiß", sagte er kürzlich in seinem letzten großen Interview der "Bild am Sonntag".

Gauck hat die Deutschen zu Beginn seiner Amtszeit ziemlich getriezt, weil er ihnen einerseits Mut machen wollte, andererseits aber zu fühlen glaubte, dass es sich viele zu bequem gemacht hatten in dieser Republik. Aus diesem Gefühl heraus entstand seine Münchener Rede, in der er mehr deutsches Engagement und Verantwortung in der Welt forderte, auch militärisch. Je länger der Präsident allerdings kreuz und quer durch Deutschland reiste, umso mehr engagierte Menschen lernte er kennen. Am Ende hat ihn die Präsidentschaft auch mit seinen Landsleuten versöhnt. Und manche seiner Gegner mit ihm.

Die Versöhnung mit Menschen an all den Orten in Europa, an denen die Deutschen während des Dritten Reichs furchtbarste Verbrechen begangen haben, bleibt als außenpolitische Leistung. Auch da hat er manche Träne vergossen, die Wirkung war umso größer.

Diese Präsidentschaft ist gelungen. Sein Nachfolger Frank-Walter Steinmeier wird sich anstrengen müssen.

Quelle : Spiegel Online, 17.03.2017

Vocabulaire : einhegen = einzwängen, beschränken

"Auslese" fürs Gymnasium. So sortiert Deutschland seine Kinder aus

Wer darf aufs Gymnasium - und wer nicht? Diese Frage setzt ganze Familien unter Stress und zeigt, wie fragwürdig die Selektion von Grundschulern ist. Als Extrembeispiel gilt Bayern. Der Mai ist hier ein besonderer Monat.

Von [Silke Fokken](#)

Spiegel Online 15.05.2017

Der Mai ist der "Monat der Auslese", so empfinden es viele Viertklässler und Eltern in Bayern. Jetzt stellt sich heraus, wie es nach der Grundschule weitergeht. "Für Kinder ist der Druck davor enorm, teilweise schon seit der ersten Klasse", sagt Martin Löwe, Vorsitzender des Bayerischen Landeselternverbandes. "Einige Eltern setzen alles daran, dass die Kinder es aufs Gymnasium schaffen."

In den Klassen drei und vier sei die Belastung besonders hoch, erzählt Löwe, selbst vierfacher Vater. Da werde in Nachhilfe investiert oder ständig mit Kindern geübt. Alles dreht sich darum, dass sie bei den Übertrittszeugnissen Anfang Mai den Notenschnitt von mindestens 2,33 in Deutsch, Mathe, Heimat- und Sachunterricht erreichen. Denn der erlaubt den Wechsel aufs Gymnasium.

Von einem "Grundschul-Abitur" ist die Rede. Wer diese Hürde nicht schafft, kann sich nur noch für Mitte Mai zum Probeunterricht anmelden - und muss sich dort bewähren. "Kindliche Bedürfnisse bleiben bei diesem ganzen Auswahlverfahren oft auf der Strecke", kritisiert Löwe. "Es bleibt viel zu wenig Zeit zum Spielen." Schon Neunjährige litten unter Erschöpfungszuständen.

Die Selektion der Kinder nach der vierten Klasse hält er für zu früh.

Bayern gilt als Extrembeispiel, weil die Notenregeln so rigide sind. In vielen Bundesländern zählt der Elternwille beim Schulwechsel mehr. Trotzdem geraten auch im Rest der Republik Familien unter Druck, weil das Kind einen der begrenzten Plätze am Gymnasium haben und behalten soll. Die Gründe dafür sind nicht bei allen gleich - die Folgen teils drastisch.

Woher kommt der Druck?

Die Sozialforscherin Katja Wippermann hat nach rund 200 Interviews mit Eltern festgestellt: Die Frage 'Gymnasium oder nicht?' hat in einigen Familien inzwischen einen extrem hohen Stellenwert erreicht - mitverursacht durch den **Pisa**-Schock 2001.

"Eltern haben dabei dieses politische Mantra aufgenommen: 'Bildung ist wichtig oder per se der Schlüssel zu einem erfolgreichen Leben', sagt Wippermann. Das gelte vor allem für Eltern aus der bürgerlichen Mitte. "Hier geben manche Mütter, darunter promovierte Akademikerinnen, ihren Beruf zum Schulwechsel ihrer Kinder auf oder arbeiten nur noch Teilzeit. Sie wollen nachmittags Zeit haben, um ihre Kinder beim Lernen zu coachen."

Der Schulerfolg von Kindern hänge dadurch stark vom Elternhaus ab - ein Umstand, der Deutschland in Studien immer wieder angekreidet wird. Bei einigen Eltern führe er außerdem zu dem Eindruck, der Schulerfolg der Kinder sei ihr eigener Erfolg oder Misserfolg, sagt die Forscherin: "Die Schule ist zum Kampfplatz dieser Eltern geworden."

In Bayern beispielsweise reicht das so weit, dass Eltern sogar mit einem Anwalt in die Lehrersprechstunde kommen. Sie wollen Druck auf die Notengebung ausüben, damit der Übertritt geschafft wird. So berichtet es Hans-Peter Etter, Leiter der Rechtsabteilung des Bayerischen Lehrerverbandes. "Da wird um jede Note **gefeilscht**."

Wippermann vermutet Abstiegsängste. Wer heute Kinder großzieht, hat mit Hartz-IV-Regeln und der Finanzkrise erlebt, wie schnell Menschen abrutschen können. Als Versicherung dagegen gilt ein gutes Abitur.

Der Dortmunder Bildungsforscher Wilfried Bos [kann] nachvollziehen, dass Eltern ihr Kind auf dem Gymnasium sehen wollen: "Das Abitur bietet nun einmal die größten Startvorteile. Damit hat man die besten Chancen auf dem Arbeitsmarkt, verdient im Schnitt mehr, lebt länger und gesünder. Klar, dass Eltern ihren Kindern das ermöglichen wollen."

Unternehmen hätten ihre Erwartungen deutlich nach oben geschraubt: Genügte etwa für eine Bank- oder Optikerlehre früher ein Realschulabschluss, müsse es heute oft das Abitur sein, sagt der Bildungsforscher Jürgen Baumert, der einst die Pisa-Ergebnisse für Deutschland vorlegte. So wurden in den vergangenen dreißig Jahren Gymnasien beliebter, Haupt- und Realschulen dagegen deutlich abgewertet, sagt der Forscher, "und die Politik hat den Wünschen der Eltern nachgegeben und die Hürden fürs Gymnasium immer weiter gesenkt".

Vocabulaire :

Pisa :Das *Programme for International Student Assessment* (PISA) untersucht, inwieweit Schülerinnen und Schüler gegen Ende ihrer Pflichtschulzeit Kenntnisse und Fähigkeiten erworben haben, die es ihnen ermöglichen, an der Wissensgesellschaft teilzuhaben.

Feilschen = verhandeln

Augsburger Allgemeine

Mit Bundespräsident Gauck tritt der Mutmacher der Nation ab

Gauck hat die Deutschen in schwierigen Situationen bestärkt. Er hat unbequeme Positionen gewagt und sich eingemischt, wenn es nötig war. Ein Rückblick auf fünf bewegte Jahre.

Am Freitagabend liegt Wehmut über dem Park des Schloss Bellevue in Berlin. Fackelträger säumen den Weg, das Stabsmusikkorps der Bundeswehr spielt zum Großen Zapfenstreich die Musikstücke, die Gauck sich gewünscht hat – das Volkslied „Freiheit, die ich meine“, das Kirchenlied „Eine feste Burg ist unser Gott“ und den DDR-Hit „Über sieben Brücken musst du gehn“. Der Bundespräsident steht da, sichtlich bewegt, kämpft immer wieder mit den Tränen. Dann lächelt er.

Gauck ist einer, der auf seine Mitmenschen eingehen und ihnen zuzuhören kann. Ein Mann, der auch Gefühle zeigt – und somit ein Gegenentwurf zu der so nüchternen, kühlen Kanzlerin. So verstand er auch sein Amt: als oberster Mutmacher der Nation, als Ermutiger, der den Menschen die Angst vor der Zukunft nehmen, der an ihre Stärken und ihr Selbstbewusstsein appellieren will. [...]

Wie Richard von Weizsäcker und Johannes Rau brauchte Gauck zwei Anläufe, um ins höchste Staatsamt zu gelangen. Nach dem überraschenden Rücktritt von Horst Köhler 2010 nominierten ihn SPD und Grüne, doch Union und FDP gaben dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff den Vorzug. Erst im Februar 2012, nach Wulffs Rückzug, war der Weg frei für den unabhängigen Kandidaten – als sich auch die FDP und nach langem Zögern die Union für ihn entschieden hatten. Gauck zog in schwierigen Zeiten ins Schloss Bellevue. Das Amt, das von der Integrität und moralischen Autorität seines Inhabers lebt, war nach den beiden Rücktritten beschädigt. Gauck verschaffte ihm wieder Respekt – mit seinem gesunden Selbstbewusstsein, souveränem Auftreten und einem Blick für das Wesentliche.

Ein Bundespräsident, der sich in die aktuelle Politik einmischte

Wie kaum einer vor ihm mischte sich Gauck in die aktuelle Politik ein, stieß Debatten an und gab von Schloss Bellevue aus den Kurs vor – nicht immer zur Freude der Bundeskanzlerin und des Außenministers Frank-Walter Steinmeier, dem er am Sonntag das Amt symbolisch übergeben wird, bei Tee und Gebäck im Schloss Bellevue.

Früh schon nannte Gauck das Vorgehen der Osmanen gegen die Armenier im Ersten Weltkrieg „Völkermord“. Lautstark kritisierte er die autokratischen Züge von Russlands Präsident Wladimir Putin, den er während seiner Amtszeit demonstrativ mied, sowie des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Ausdrücklich forderte er auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 ein stärkeres internationales Engagement der Bundesrepublik. Die vom Staatsoberhaupt geforderte Überparteilichkeit und Neutralität hinderte ihn nicht, immer wieder mit aller Entschiedenheit gegen Rechtsradikale vorzugehen. „Euer Hass ist unser Ansporn“, gab er bei seiner Vereidigung als Devise aus.

Die dramatischen Veränderungen der Weltpolitik, das Erstarken der Rechtspopulisten prägten seine Amtszeit. Mit Sorge musste er erkennen, dass Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz großer Gefahr ausgesetzt sind. Und doch hob Gauck stets hervor, dass ihm um Deutschlands Zukunft nicht bange sei [...].

DER SPIEGEL

Die Abschiebe-Lotterie

Migration Bund und Länder können sich nicht auf einen Kurs für Abschiebungen einigen. Wer in Deutschland bleiben kann und wer gehen muss, hängt oft vom Zufall ab.

[Vor drei Wochen versammelte Angela Merkel] die Ministerpräsidenten im Kanzleramt, um mit ihnen eine schärfere Abschiebepolitik zu beschließen. Das rot-rot-grün regierte Thüringen war erst gar nicht zu dem Treffen in Berlin erschienen. Dafür gab Ministerpräsident Bodo Ramelow von der Linken eine Protestnote zu Protokoll. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) trug die Entscheidung der Runde zwar mit – verkündete aber in der Woche darauf einen Abschiebestopp nach Afghanistan.

Die Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber sind zu einem der großen politischen Streitthemen im Wahljahr geworden. Im Grunde geht es um die Frage, wie viel Härte Deutschland zu zeigen bereit ist, nachdem es im Herbst 2015 so viel Herz gezeigt hatte.

Die Bundesregierung hat es sich zum Ziel gemacht, die Zahl der Abschiebungen massiv zu erhöhen. Sie will nach außen abschrecken und nach innen den eigenen Bürgern zeigen, dass Deutschland nicht nur großzügig Schutz gewährt, sondern diejenigen, die ihn nicht brauchen, auch konsequent außer Landes bringt.

Doch in den Ländern regt sich Widerstand. Ist es wirklich gerechtfertigt, in instabile Bürgerkriegsländer wie Afghanistan abzuschicken? Ist es wirklich sinnvoll, Migranten, die in Deutschland gut integriert sind und hier zum Teil seit Jahren leben und arbeiten, in ihre Heimatländer zurückzuschicken?

Die Folge ist, dass Abschiebungen von Bundesland zu Bundesland höchst unterschiedlich gehandhabt werden. Während mehrere rot-grün regierte Länder sich zurückhalten, können aus Sicht der CSU in Bayern gar nicht genug abgelehnte Asylbewerber des Landes verwiesen werden. Auch das grün-schwarz regierte Baden-Württemberg schiebt rigoros ab – so rigoros, dass bereits mehrfach die Gerichte bis hinauf zum Bundesverfassungsgericht intervenierten.

Am Beispiel Afghanistan zeigen sich die Probleme wie unter dem Brennglas. Die Bundesregierung hält zumindest Teile des unsicheren Landes für sicher genug, um abgelehnte Asylbewerber dorthin zurückzuschicken[...]. In einer internen Lagebewertung vom Februar klingt das Auswärtige Amt deutlich pessimistischer. Dort wird die afghanische Einheitsregierung als „fragil“ bezeichnet [...] Trotzdem bleibt die Bundesregierung bei ihrer Haltung.

Jahrelang wurde nur in Ausnahmefällen an den Hindukusch abgeschoben. Doch dann kamen 2015 und 2016 insgesamt knapp 160000 afghanische Asylbewerber nach Deutschland, darunter auch viele junge Männer, die nicht von den Taliban verfolgt wurden, sondern auf ein besseres Leben hofften. Seit Dezember hat Deutschland nun bereits drei Charterflüge mit 77 Menschen an Bord nach Afghanistan geschickt. Weitere sollen folgen, und dadurch soll Tausenden anderen abgelehnten Asylbewerbern signalisiert werden: Geht lieber freiwillig.

Doch mehrere rot-grün regierte Bundesländer wie Bremen, Niedersachsen oder Berlin boykottieren die vom Bund organisierten Sammelrückführungen – obwohl sie eigentlich Bundesrecht umsetzen müssten. Schleswig-Holstein hat die Abschiebungen nach Afghanistan offiziell bis zum Mai ausgesetzt und würde sie am liebsten dauerhaft stoppen. In Kiel verweist man auf einen Bericht der Uno, wonach die Zahl der zivilen Opfer am Hindukusch 2016 einen Höchststand erreichte. „Nichts ist sicher in Afghanistan“, sagt Ministerpräsident Torsten Albig. Das sieht man in Bayern ganz anders. Die knapp 20 Afghanen, die vergangene Woche in ihre Heimat zurückgefliegen wurden, nannte der CSU-Landesminister Markus Söder einen „Witz“. Er würde am liebsten Tausende in die Flicger stecken. Im Freistaat trifft es inzwischen auch junge Männer, die bestens integriert waren.

Handelsblatt

Das schärfste Schwert wird nicht gezückt

Die Ablehnung des NPD-Verbots ist kein Verlust für die Demokratie. Der Staat muss nach anderen Lösungen im Kampf gegen radikale Kräfte suchen – wie zum Beispiel mit Mitteln des „präventiven Polizeirechts“. Ein Kommentar.

Es ist ein herber Schlag für die Bundesländer. Gut vier Jahre ist es nun her, dass die 16 Innenminister ein neues Verfahren zum Verbot der rechtsextremen NPD beschlossen haben. Vor gut drei Jahren reichten sie beim Bundesverfassungsgericht den Verbotsantrag ein, inklusive zahlreicher Belege für völkische und rassistische Umtriebe. Nun steht das einstimmige Urteil der Karlsruher Richter fest: Nein, es reicht nicht. Die Partei ist zu bedeutungslos.

Zwar steht nach Einschätzung des Bundesverfassungsgerichts außer Zweifel, dass die NPD die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung anstrebt – gemessen an ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger. Die Partei wolle die bestehende Verfassungsordnung durch einen an einer ethnisch definierten „Volksgemeinschaft“ ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen. Ihr politisches Konzept missachte die Menschenwürde aller, die dieser ethnischen Volksgemeinschaft nicht angehören und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar. Die NPD arbeite zudem planvoll auf die Erreichung ihrer Ziele hin.

Dann folgte das große „Aber“ der Richter: Wenn das Handeln einer Partei nicht darauf schließen lässt, die verfassungsfeindlichen Ziele erreichen zu wollen, bedarf es ein Parteiverbot nicht. Dies wäre schließlich die schärfste und überdies zweischneidige Waffe des demokratischen Rechtsstaats gegen seine organisierten Feinde

Tatsächlich war die NPD zuletzt zu einem politischen Zwerg geschrumpft. Im vergangenen September flog die Partei aus dem letzten Landtag, in dem sie noch saß. Auf kommunaler Ebene verfügen die Rechtsextremen derzeit bundesweit noch über etwa 360 Mandate. Bei der vergangenen Bundestagswahl bekam die Partei nur 1,3 Prozent der Stimmen. Auf überregionaler Ebene ist sie gegenwärtig lediglich mit einem Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten. Weniger als 6.000 Mitglieder stehen hinter der „Überfremdungsideologie“. Nach einer Millionenstrafe für Fehler im Rechenschaftsbericht steckt die NPD zudem in finanziellen Nöten.

Wenig Einfluss also und chaotische Zustände. Die NPD mag nationalistische Parolen verbreiten. Schlagkräftig genug, um eine echte Gefahr darzustellen, ist sie nicht. Sie ist praktisch bedeutungslos. Den Ausgang des Verfahrens mag die NPD als Sieg verkaufen. Das ändert nichts daran, dass sie im Niedergang scheint.

Das gescheiterte Parteiverbotsverfahren macht allerdings einmal mehr auf den Umstand aufmerksam, dass radikale Kräfte hierzulande zwar existieren, sich aber nicht zwingend bei einer Partei sammeln müssen. Das Verbot einzelner Parteien im Kampf gegen Extremismus ist nicht zuletzt deswegen umstritten. So hat die erstarkende AfD die NPD zweifellos marginalisiert, weil sich nun hier Protestwähler und Kritiker der Flüchtlingspolitik zusammenfinden. Und die AfD gab es noch gar nicht, als der NPD-Verbotsantrag beschlossen wurde.

[...]

Für ein Verbot hatten die Länder letztlich also doch nicht genug in der Hand. Das ist ein Desaster, auch weil schon das erste Verbotverfahren 2003 vom Bundesverfassungsgericht gekippt wurde. Damals waren V-Leute des Verfassungsschutzes bis in die NPD-Spitze eingeschleust worden, was eine korrekte Beweisführung unmöglich machte. Es dürfte nun auf lange Zeit der letzte Versuch von Bundesrat, Bundestag oder Bundesregierung gewesen sein, die NPD zu verbieten. Das gibt Raum, nach anderen Lösungen im Kampf gegen radikale Kräfte zu suchen.

Heike Anger, 17.01.2017